

Für eine Politikwende – Hamburg für die Menschen und nicht für den Profit

**Wahlprogramm der LINKEN. Hamburg
zur Bürgerschaftswahl
am 15. Februar 2015**

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Beschluss des Landesparteitages am 16. November 2014 in Hamburg Wilhelmsburg
(vorläufige Variante vor der redaktionellen Endbearbeitung)

Inhaltsverzeichnis

Wahlprogramm der LINKEN. Hamburg zur Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015.....	1
Für eine Politikwende - Hamburg für die Menschen und nicht für den Profit.....	3
1 Solidarisches Arbeiten und Wirtschaften in Hamburg.....	7
1.1 Menschenwürdige Arbeit: Für eine aktive Beschäftigungspolitik.....	7
1.2 CETA, TTIP und Co. verhindern!	8
1.3 Hamburger Hafen.....	10
1.4 Für einen solidarischen öffentlichen Sektor.....	10
2 Hamburg muss sozialer werden – Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse bekämpfen, Weg mit Hartz IV.....	11
2.1 Für einen umfassenden Sozialausweis – Soziale Infrastruktur stärken!	12
2.2 Obdach- und Wohnungslosigkeit nicht verwalten – sondern bekämpfen!.....	12
2.3 Energie-, Strom- und Wasserversorgung sicherstellen!.....	13
3 Ohne Frieden ist alles nichts – Kriegsproduktion und Waffenexporte stoppen!.....	13
4 Keinen Fußbreit dem Faschismus und Rechtspopulismus!	14
5 Gleiche Rechte für Alle – Kein Mensch ist illegal.....	15
5.1 Für ein soziales, interkulturelles Hamburg.....	15
5.2 Für eine solidarische und menschenwürdige Flüchtlingspolitik	17
6 Frauenrechte sind Menschenrechte	17
7 Wohnen für alle und nicht Profite für wenige! Eine alternative Wohnungs- und Mietpolitik ist möglich 19	
8 Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht!.....	21
8.1 Gebührenfreie und gute frühkindliche Bildung für alle	21
8.2 Für ein sozial gerechtes Schulwesen.....	22
8.3 Ganztagschulen schaffen, die den Namen verdienen: Ganztagsbildung ermöglichen	23
8.4 Recht auf Ausbildung jetzt!	23
8.5 Kritische Wissenschaft und emanzipatorische Bildung in demokratischen Hochschulen	24
9 Kinder- und Jugendpolitik.....	24
10 Gesundheit ist keine Ware!.....	26
11 Unsere natürlichen Lebensgrundlagen verteidigen – für einen sozial-ökologischen Umbau.....	27
11.1 Klimaschutz	27
11.2 Vollständige Umsetzung des Energienetze-Volksentscheids durchsetzen	27
11.3 Atomare Bedrohung beenden – AKWs sofort stilllegen!	28
11.4 Kein Fracking in Hamburg und auch nicht anderswo!.....	28
11.5 Elbvertiefung	28
11.6 Hamburg Gentechnikfrei	28
11.7 Natur- und Tierschutz	29

	Naturschutz	29
	Tierschutz.....	29
12	Mobilität und Verkehr: umweltfreundlich und sozial	30
13	Kultur und Medien für alle	32
13.1	Kultur für alle – Basiskultur stärken!	32
13.2	Medien.....	33
14	Seniorinnen und Senioren	34
15	UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen – verbindlich, messbar, jetzt sofort!	35
16	Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern – Gegen Homo- und Transphobie.....	36
17	Sport für alle – Für die Förderung einer sozialen Bewegungskultur statt Olympiawahn.....	36
17.1	NOlympia in Hamburg.....	37
18	100% Demokratie.....	38
18.1	Für mehr Beteiligung der Menschen in dieser Stadt sowie starke Bezirke in Hamburg	38
18.2	Grundrechte stärken! – Polizei demokratisieren.....	39
18.3	Rechtsstaatlichkeit und Resozialisierung fördern.....	40
18.4	Für die Verwirklichung des säkularen Staats.....	41
18.5	Drogenpolitik neu denken: Aufklärung und Hilfe statt Strafe	41
19	Haushalt und Finanzen: Millionärssteuer statt Schuldenbremse!.....	42
	Wählen Sie – selbst aktiv zu werden!	43

Für eine Politikwende - Hamburg für die Menschen und nicht für den Profit

Die LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit: Wir wollen Hamburg für die Menschen und mit den Menschen gestalten. Alle Senate der letzten beiden Jahrzehnte haben vor allem eine Politik für die Reichen gemacht. Auch Olaf Scholz setzt auf die Stärkung der Hamburger Wirtschaft im Konkurrenzkampf – ungeachtet der immer größer werdenden sozialen Spaltung und der zunehmenden Umweltbelastung in unserer Stadt: Hamburg ist heute weiter von sozialer Gerechtigkeit entfernt denn je.

Ein gerechtes, solidarisches und soziales Hamburg sieht anders aus. Das geht nur auf Kosten der Gewinne, zu Lasten von Mietwucher, Spekulation und Steuergeschenken.

Eine soziale, demokratische, menschenfreundliche Politik braucht einen Politikwechsel in der EU, in Deutschland und auch in Hamburg.

DIE LINKE ist 100% sozial, ob beim Mindestlohn, dem Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, der Rentenreform, ... - DIE LINKE ist die Partei, die die Interessen der Mehrheit der Gesellschaft vertritt. Auf Druck der LINKEN wurden erste Schritte für einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Mietpreisbremse eingeführt. Dies reicht noch nicht, geht aber in die richtige Richtung. LINKS wirkt.

Die LINKE hat sich für die Bürgerschaft in Hamburg viele Themen vorgenommen.

Soziale Gerechtigkeit – Hamburg könnte allen Menschen eine gesicherte, lebenswerte Zukunft bieten.

Heute ist Hamburg eine der reichsten Städte Europas. Doch die Einkommen sind auffallend ungerecht verteilt: Auf die oberen 30 Prozent der Haushalte entfallen 52 Prozent der Gesamteinkommen, auf die unteren 20 Prozent nur 8 Prozent. Und die Armut wächst. Hamburg ist die Hauptstadt der Altersarmut, gleichzeitig lebt jedes fünfte Kind in einem Haushalt, der auf Sozialleistungen angewiesen ist. In Hamburg-Mitte wächst jedes zweite Kind in Armut auf. Besonders betroffen von Armut sind Erwerbslose, Alleinerziehende, Migrantinnen und Migranten.

Das Normalarbeitsverhältnis wird durch Praktika, unsichere, prekäre und befristete Niedriglohnjobs ersetzt. Mit statistischen Tricks wird die dramatische Lage am Arbeitsmarkt durch Politik und Medien schön geredet. Armut hat vielfältige Formen der Benachteiligung zur Folge: Die Verdrängung aus aufgewerteten Stadtteilen, weil die Mieten nicht mehr bezahlbar sind. Die Ausgrenzung vom sozialen und kulturellen gesellschaftlichen Leben, weil das Geld dafür nicht mehr reicht. Bildung ist wie in kaum einem anderen Land durch die soziale Herkunft bestimmt.

Hamburg braucht die **Schule für Alle** und eine qualifizierte Ausbildung für Jede und Jeden.

Die LINKE will eine Gerechtigkeitswende – durch existenzsichernden Mindestlohn, das Verbot prekärer Beschäftigung, auskömmliche Löhne, Renten und Sozialleistungen.

Hamburg kann Beispiel sein: Mit und für Hamburg darf es nur gute Arbeit geben, die nicht befristet, nicht prekär, sozialversicherungspflichtig und tarifvertraglich abgesichert ist.

Mehr als 500.000 Menschen mit Migrationshintergrund leben in Hamburg. Hamburg ist eine Einwanderungsstadt. Die Selbstorganisation der Migrantinnen und Migranten muss unterstützt werden. Benachteiligungen müssen beendet werden. Die LINKE fordert Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen. Diskriminierung und Rassismus haben in Hamburg keinen Platz.

Wohnen ist ein Menschenrecht, Wohnen muss bezahlbar sein – Die Wohnungsnot steigt, der Bestand an Sozialwohnungen nimmt durch das Auslaufen der Sozialbindung weiter ab, die Mieten explodieren. Der soziale Wohnungsbau wird vom hochpreisigen Wohnungsbau abgehängt. Die „Mietpreisbremse“ der Großen Koalition wird nur als Mogelpackung wirken, da sie bei Neubauten und komplett modernisierten Altbauten nicht zieht. Die LINKE setzt auf große bedarfsgerechte öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsbestände mit sozialen Mieten. Wir wollen die Grundstückspolitik neu gestalten. Die Interessen der Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen stehen für uns im Mittelpunkt. Leerstand, Spekulation und Zweckentfremdung müssen konsequent bekämpft werden.

Öffentlich ist wichtig für die Menschen. Öffentlich statt privat: Ob Schule, Hochschule oder Bezirksamt, unter dem Vorwand „Es ist kein Geld da“ werden die Leistungen gekürzt. Berechtigte Ansprüche werden gegeneinander ausgespielt. Tragödien wie in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sorgen für Empörung, werden aber durch Controlling statt mehr Personal beantwortet. Soziale Gerechtigkeit, eine Bildung für die Zukunft, ein lebenswertes Hamburg für Alle gibt es nicht zum Nulltarif. Nur reiche Hamburgerinnen und Hamburger können sich ein armes Hamburg leisten. Hamburg braucht mehr Personal und Mittel für öffentliche Aufgaben, wie z.B. bei Kita-Betreuung, Schulen, Hochschulen, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen – nach Bedarf und nicht nach Kassenlage.

Demokratie muss gelebt werden. Die LINKE wird weiterhin Transparenz in die Entscheidungen der Bürgerschaft bringen. Wie beim Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank legen wir den Finger in die Wunde.

Volksentscheide müssen geachtet werden, ihre Umsetzung darf nicht hintertrieben werden. „Unser Hamburg – unser Netz“ war erfolgreich, der Volksentscheid über die Energienetze ist aber erst zum kleinen Teil umgesetzt worden. Der Senat will das Fernwärmenetz *vielleicht* 2019 zurückkaufen – das widerspricht dem Volksentscheid! Die Eingliederung der Stromnetzgesellschaft in die Hamburgische Gesellschaft für Vermögensmanagement widerspricht der Festlegung auf demokratische Kontrolle. Wir fordern die vollständige Umsetzung des Volksentscheids.

Nie wieder darf es in Hamburg geschehen, dass die Bevölkerung sich für öffentliche Krankenhäuser entscheidet – und ein Bürgermeister, damals Ole von Beust, die Krankenhäuser trotzdem an den Asklepios-Konzern verkauft.

Gegen erfolgreiche Bürgerentscheide auf Ebene der Bezirke setzt der Senat das Mittel der Evokation ein. Er zieht die Entscheidung an sich und übergeht den Willen der Bürgerinnen und Bürger.

Die LINKE setzt dagegen auf die gelebte Demokratie der Hamburgerinnen und Hamburger, auf Bürgerbeteiligung und Entscheidungskompetenz vor Ort.

In Hamburg darf kein Platz für Nazis und Rassisten sein. Auch den alltäglichen Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft bekämpft die LINKE. Der Staat darf nicht wegschauen. Faschistische Organisationen müssen verboten werden.

Mit den Freihandelsabkommen der nächsten Generation CETA, TTIP und TiSA werden öffentliche Dienstleistungen und die Daseinsvorsorge zur Privatisierung frei gegeben. Internationale Schiedsgerichte sollen die Rechte der Investoren auf Gewinn und Eigentum sichern. Die Klage von Vattenfall gegen Deutschland auf Schadenersatz wegen des Atomausstiegs sollte allen eine Warnung sein. Aber die Große Koalition und der Hamburger Senat wollen diese Verträge. Sie würden auch unsere Stadt verändern und die Demokratie durch den Markt ersetzen.

Hamburg sagt NEIN zum totalen Markt, Nein zur Unterwerfung der Demokratie unter Schiedsgerichte, Nein zu CETA, TTIP und TiSA.

Dafür kämpft auch DIE LINKE.

Umwelt schützen – wir haben nur die eine Welt Der Klimawandel schreitet fort. Der Senat wartet ab: Er setzt auf unverbindliche Vereinbarungen statt verpflichtende Ziele. DIE LINKE will eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 40 Prozent bis 2020 wieder verbindlich für Hamburg machen.

Hamburg ist eine grüne Stadt. Für den Senat haben jedoch wirtschaftliche Interessen Vorrang vor dem Schutz und dem Erhalt der Natur. Der Senat will die Elbe zum neunten Mal vertiefen. DIE LINKE sagt NEIN zur Elbvertiefung! Die wirtschaftliche Zukunft des Hamburger Hafens liegt in der Kooperation der norddeutschen Seehäfen. Die ökologische Zukunft des Lebensraums Elbe darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Bäume werden oft unter vorgeschobenen Begründungen gefällt. Kleingärten werden platt gemacht. Der Flug-, Bahn- und Autoverkehr wird auf dem Rücken der Anwohnerinnen und Anwohner ausgeweitet. Die Umwelt in der Stadt muss lebenswert bleiben.

Fracking droht das Grundwasser und die Umwelt zu vergiften. Auch in Hamburg dürfen Ölkonzerne Erkundungsbohrungen vornehmen. DIE LINKE fordert das Verbot von Fracking und den Stopp aller Erkundungsbohrungen.

Atomtransporte rollen durch Hamburgs Straßen, Frachter im Hamburger Hafen transportieren Kernbrennstäbe. DIE LINKE fordert ein Verbot für alle Atomtransporte – zu Wasser, zu Lande und in der Luft! DIE LINKE fordert die Stilllegung des AKW Brokdorf!

Menschlichkeit kennt keine Grenzen – Die EU und USA verbreiten in der Welt Chaos und Kriege. Der Terror der IS ist erst durch Unterstützung und Finanzierung der Türkei, Saudi-Arabiens, Katars, der Freunde der USA möglich geworden.

Die Freihandelsverträge der EU mit Afrika vernichten die Existenz der Fischer und Bauern vor Ort. Dafür können Agrarkonzerne dort Ländereien aufkaufen, um Agrotreibstoffe herzustellen. Der Export von Geflügelabfällen nach Afrika zerstört die Existenz einheimischer Geflügelzüchter.

Als Folge dieser Politik sind 50 Millionen Menschen – mehr als nach dem Zweiten Weltkrieg – aus Furcht vor Tod, Hunger, Elend und Perspektivlosigkeit auf der Flucht.

Eine breite Bewegung kämpft in Hamburg für das Bleiberecht der Lampedusa-Flüchtlinge. Viele Hamburgerinnen und Hamburger aus allen Bereichen der Stadt setzen sich für eine Willkommenskultur ein.

Sie engagieren sich humanitär und sozial für die Flüchtlinge. Die LINKE sagt laut und deutlich: Kein Mensch ist illegal! Refugees are welcome in Hamburg.

Ohne Frieden ist alles nichts – DIE LINKE ist die Friedenspartei. Unser Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr, zu Waffenexporten und Waffenproduktion, zur medialen Kriegsvorbereitung und mentalen Aufrüstung in Schulen, Hochschulen und Gesellschaft ist allgemein bekannt. Auch in Hamburg finden das Geschäft mit dem Tod und die Vorbereitung von Kriegen statt: Rüstungsexporte gehen über den Hamburger Hafen, Rüstungsforschung findet an Hamburger Hochschulen statt, die Bundeswehr geht in Schulen und Universitäten. Grund genug für die LINKE, in Hamburg für eine umfassende Abrüstung einzutreten: im Denken, im Handeln, der Forschung und Produktion. Keine Waffenexporte über unseren Hamburger Hafen. Die Universität der Bundeswehr muss aufgelöst und in eine zivile umgewandelt werden. Zivilklauseln sollen militärische Forschung an Hamburger Hochschulen unterbinden. Werbung fürs Sterben an Bildungseinrichtungen lehnen wir ab.

NOlympia – Olaf Scholz möchte sich mit der Olympiade in Hamburg ein Denkmal setzen. Wie bei der Elbphilharmonie des Ole von Beust werden die Kosten heruntergerechnet und der erwartete Wohlstandsgewinn hochgerechnet. Olympiaden waren bisher immer extrem teuer. Die versprochenen Vorteile für die Menschen blieben aus. Nur der Kommerz blühte. Die Olympischen Winterspiele 2022 in München hat ein Bürgerentscheid verhindert. Das können wir in Hamburg auch. Das Geld braucht Hamburg an anderer Stelle dringender.

Es geht auch anders

Die soziale Spaltung Hamburgs ist politisch gewollt, sie kann und muss politisch zurückgenommen werden. Es bedarf einer neuen Steuerpolitik, die die Gewinner der bisherigen Politik zur Kasse bittet. Schuldenbremse und Fiskalpakt gehören abgeschafft. Mehr Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer können auch in Hamburg die Einnahmen steigern und mehr Steuerehrlichkeit durchsetzen.

Nur so kann Hamburg die Möglichkeit gegeben werden, seinen Aufgaben nachzukommen. Nur so kann dem Auseinanderdriften der Gesellschaft entgegen gewirkt werden. Die Einrichtungen der Daseinsvorsorge dürfen nicht länger dem privaten Profit dienen: DIE LINKE will die Krankenhäuser wieder in die öffentliche Hand überführen.

Hamburger Investitionen in Infrastruktur und Bildung sind schon lange überfällig. Die Anpassung der Gesellschaft an den Klimawandel und die ökologischen Herausforderungen verlangt den sozial-ökologischen Umbau in Hamburg.

Über das sozial-ökologische Investitionsprogramm, das auch von den Gewerkschaften gefordert wird, kann Hamburg den öffentlichen Nahverkehr verbessern oder die Schul- und Hochschulgebäude modernisieren. Nur Investitionen schaffen Arbeitsplätze.

Hamburg braucht Bewegung, Hamburg braucht eine starke LINKE in der Bürgerschaft

Die LINKE steht in der Bürgerschaft allein gegen eine Allparteienkoalition für eine Politikwende. Auch SPD und Grüne wollen die Agenda- und Austeritätspolitik fortsetzen. An so einer Politik wird sich DIE LINKE auf keinen Fall beteiligen.

DIE LINKE steht nicht allein: Für ein soziales, menschliches Hamburg werden heute schon viele Menschen aktiv. Wie erfolgreich Bewegungen und Widerstand gegen den Senat sein können, hat z.B. der Erfolg für den Volksentscheid "Unser Hamburg - Unser Netz" gezeigt – gegen Senat, Wirtschaft und SPD. Auf diese Bewegungen setzen wir mit unserer Politik.

Die LINKE ist das Sprachrohr der Betroffenen, der Bewegungen und Initiativen in der Bürgerschaft. So wie die LINKE den Kampf der Belegschaft von Neupack für einen Tarifvertrag unterstützte, so wollen wir unsere Arbeit fortsetzen und dabei besser werden.

Die LINKE bringt Transparenz in die Bürgerschaft. Unser Nachhaken in der Bürgerschaft hat Dinge ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt, die sonst unter den Tisch gefallen wären. Wir waren die einzige Partei, die nicht in Hamburg oder Schleswig-Holstein am Sumpf der HSH Nordbank beteiligt war.

Wir werden dem Senat Druck von links machen. Wir sind die Opposition gegen die Politik der Reichtumsvermehrung!

Die LINKE ist anders – in der Öffentlichkeit haben Parteien einen schlechten Ruf. Aber auf die LINKE warten bei Ausscheiden aus einem Amt keine Beraterposten oder lukrative Jobs in Wirtschaft oder Verwaltung. Die LINKE wird nicht aus der Wirtschaft finanziert. Und das ist gut so. Wir nehmen nicht das Brot der Reichen und Mächtigen, um hinterher ihr Lied zu singen. Unbestechlich und konsequent, verlässlich zu ihren Aussagen stehend, so ist und wird die LINKE sein.

DIELINKE ist aber mehr:

DIE LINKE strebt gesellschaftlichen Fortschritt an. Der Kapitalismus kann nicht das Ende der Geschichte sein. DIE LINKE ist die Partei des demokratischen Sozialismus.

Der nächste Senat wird ohne die LINKE auskommen. Aber wir wollen ihm mit einer starken Opposition Dampf machen. Die LINKE bringt den Protest in die Bürgerschaft.

DIE LINKE will in Hamburg mit dem Politikwechsel beginnen. Machen Sie mit! Unterstützen Sie uns! Wählen Sie DIE LINKE!

1 Solidarisches Arbeiten und Wirtschaften in Hamburg

1.1 Menschenwürdige Arbeit: Für eine aktive Beschäftigungspolitik

Mit der Liberalisierung der Arbeitsmärkte hat in Deutschland und auch weltweit die Ungleichheit der Einkommen zugenommen. Durch die Globalisierung der Finanzmärkte wird eine immer ungleichgewichtigere wirtschaftliche Entwicklung durch das kapitalistische System vorangetrieben, die zu einer rapiden Zunahme der Finanzvermögen und der ihnen entsprechenden Schulden führt.

Während 2012 das private Geldvermögen in Deutschland 4,87 Billionen Euro betrug, betrug die Staatsverschuldung mehr als 2 Billionen Euro. In Europa ist die Situation ähnlich wie in Deutschland. Wachsendem privatem Reichtum stehen Schuldenberge der öffentlichen Haushalte gegenüber. Das Land mit den meisten Millionärinnen und Millionären und Milliardärinnen und Milliardären ist zugleich das Land mit der größten Zahl an Armen und in Not lebenden Menschen. Fast jeder Fünfte, 16 Millionen Deutsche, ist von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Für viele Menschen ist die „Tafel“ die einzige Möglichkeit, sich satt zu essen. Ein Staat der tausend Tafeln braucht, ist kein sozialer Staat.

DIE LINKE fordert gute Arbeit für alle. Darunter verstehen wir Arbeitsverhältnisse, die den Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechen, tarifvertraglich abgesichert sind, der Sozialversicherungspflicht unterliegen, unbefristet sind, nicht krank machen und alter(s)gerecht sind. 450-Euro- sowie Ein-Euro-Jobs, Teilzeit ohne Rückkehrrecht, sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit wollen wir abschaffen. Stundenlöhne unter 13,- Euro finden wir sittenwidrig. Unsere Antwort heißt: weitere Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich, eine umfassende Rücknahme der Arbeitsverdichtungen und der Ausbau der Einflussmöglichkeiten am Arbeitsplatz.

Die Qualität von Arbeit, menschwürdige Arbeitszeiten und vernünftige Entgelte sind zentrale gesellschaftliche Konflikttherde, die vornehmlich in Streiks ausgetragen werden. Daher sind durchsetzungs- und konfliktfähige Gewerkschaften von großer Bedeutung. Auch der politische Streik muss als Mittel zur Durchsetzung besserer Verhältnisse möglich sein.

In Hamburg leben etwa eine Million Menschen im erwerbsfähigen Alter. Ein Viertel davon arbeitet in Teilzeit sowie in Zeit- und Leiharbeit, ein Zehntel ist erwerbslos. Deutschlandweit ist inzwischen fast jede(r) Fünfte, von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Zunehmende Arbeitsverdichtung, Befristung und prekäre Arbeitsverhältnisse führen massenhaft zu Zukunftsängsten und einer Zunahme von psychischen und physischen Erkrankungen.

Die Zahl der auf Hartz IV-Leistungen angewiesenen Menschen in Hamburg stagniert auf über 100.000. In den Jahren von 2005 bis 2010 hat etwa jeder vierte Hamburger bis 65 Jahre zumindest kurzfristige Leistungen der Grundsicherung erhalten. Besonders betroffen von Armut sind Alleinerziehende (35,2 %), Erwerbslose (50,7 %) und Migrantinnen und Migranten (30,6 %) bzw. Menschen mit Migrationshintergrund (28,9 %). Auch Armut im Alter wird zu einem immer größer werdenden Problem.

Ein besonderes Problem ist die **Jugenderwerbslosigkeit in Hamburg**. Sie liegt relativ konstant bei 15 %. Es ist nicht nur ein Problem des Übergangs von der Ausbildung in die Arbeit. Bereits die Ausbildungsangebote für Jugendliche sind völlig unzureichend (Ausbildungsschleife). Doch ohne Beruf keine Erwerbsarbeit und ohne Erwerbsarbeit keine Zukunft. Alle Jugendlichen brauchen eine berufliche Perspektive.

Die Hamburger Wirtschaft und Hamburg als Hafenmetropole sind eng mit der Weltwirtschaft verbunden. Während die exportorientierte deutsche Wirtschaft Gewinne macht und die Einnahmen des Staates zulegen, gestaltet sich die wirtschaftliche Entwicklung in den verschiedenen Regionen höchst unterschiedlich. In den 350 öffentlichen Unternehmen der Stadt Hamburg sind etwa 109.000 Beschäftigte. Damit ist der Konzern Hamburg der größte Arbeitgeber am Wirtschaftsstandort mit einer Bilanzsumme von 65,8 Mrd. Euro im Jahr 2010. Doch: Städtische Betriebe haben Mitarbeiter in Tochtergesellschaften ausgelagert und zahlen niedrige Löhne. Die Stadt leiht sich auch Arbeitskräfte aus. Es gibt sogar städtische Betriebe, die eigene Leiharbeitsfirmen gegründet haben. Wenn die Stadt Aufträge vergibt erhalten häufig die billigsten Bieter den Zuschlag. In manchen Betrieben, die für die Stadt arbeiten, herrschen deshalb miserable Arbeitsbedingungen.

Anstelle immer neuer „Schutz- u. Rettungsschirme“ für systemrelevante Banken wie die HSH Nordbank und der Sparpolitik im öffentlichen und sozialen Sektor, fordern wir deswegen ein sinnvolles **Konjunktur- u.**

Investitionsprogramm der Stadt Hamburg. Maßnahmen, die einzig auf dem Arbeitsmarkt ansetzen und Lohndisziplinierung, Qualifizierung und Mobilisierung als Ziel setzen, können keine Nachfrage nach Arbeitskräften schaffen. Es sind direkte und ökologisch sinnvolle Investitionen in die vielfältige Infrastruktur der Stadt nötig. Die Cluster Politik und „Leuchtturmprojekte“ wie die Elbphilharmonie können dies nicht leisten.

Der Schwerpunkt unseres Beschäftigungskonzeptes für Hamburg ist insbesondere die Ausweitung der sozialen Dienstleistungen. Eine solche Beschäftigungspolitik ist sehr wohl finanzierbar, realistisch und notwendig.

DIE LINKE fordert:

- **Demokratie darf nicht am Werkstor enden: Wirtschaft demokratisieren.** Staatliche Hilfen nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften. Verbot von Paritätische Mitbestimmung in Betrieben. Wirtschaftsverbrechen und Korruption entschieden bekämpfen.
- **Öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen statt privatisieren.** Unternehmen der Daseinsvorsorge rekommunalisieren und den öffentlichen Sektor ausbauen.
- **Kleinere und mittlere Unternehmen wirksamer schützen.** Anstieg der Gewerbemieten deckeln (insbesondere bei Laden-, Gastronomie- und sonstigen Kleingewerbeflächen). Kommunale Förderung für ortsansässige Gewerbetreibende durch Bereitstellung günstiger Miet- oder Pachtflächen. Spekulativen Leerstand auch bei Gewerbeimmobilien bekämpfen.
- **Ein öffentliches Beschäftigungsprogramm:** 5.000 Arbeitsplätze sofort für erwerbslose Menschen als zweiten Arbeitsmarkt.
- Im **Landesmindestlohngesetz** ist der Mindestlohn auf 13 Euro anzuheben.
- **Keine Null-Euro-Jobs;** Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln.
- Unternehmen sollen nur dann **Subventionen und Fördergelder** erhalten, wenn sie tarifliche und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze nachweisen und Ausbildungsplätze schaffen.
- **Tariferhöhungen** müssen vollständig an Projekte und Einrichtungen im Rahmen der öffentlichen Zuwendungen weitergegeben werden.
- Wir wollen das Hamburgische **Personalvertretungsrecht verbessern.** Personalräte müssen gleiche Rechte wie Betriebsräte erhalten.
- Das **Ladenöffnungsgesetz** soll wieder mehr Schutz für im Handel Beschäftigte bieten.

1.2 CETA, TTIP und Co. verhindern!

Seit Jahren verhandeln Technokratinnen und Technokraten der EU-Kommission und Wirtschaftslobbyistinnen und -lobbyisten hinter verschlossenen Türen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) sowie mit den USA (TTIP). Als erstes dieser Abkommen liegt derzeit CETA vor. Parallel zu CETA/TTIP wird seit 2012 das multilaterale Dienstleistungsabkommen (TiSA) verhandelt. TiSA soll eingeschränkt auf Dienstleistungen die gleichen Ziele wie CETA/TTIP beinhalten. Begleitet werden die Verhandlungen von dem Versprechen neuer Arbeitsplätze und von mehr Wachstum. Ökonomische Prognosen sprechen dagegen. Und NAFTA, die Nordamerikanische Freihandelszone zwischen den USA, Kanada und Mexico, zeigt, dass in den USA fast eine Mio. Arbeitsplätze verloren gingen.

Eigentliches Ziel von USA und EU ist es, einen neuen Wirtschaftsblock zu schaffen, mit dem es anderen Staaten oder Staatengruppen, insbesondere den BRICS-Staaten, schwer gemacht werden soll, „Zutritt“ zu erlangen. Für die Konzerne innerhalb des Wirtschaftsblocks sollen optimale Bedingungen gelten. Mit TTIP, CETA und TISA werden völkerrechtlich bindende Verträge geschaffen, die die beteiligten Staaten vollständig dem Markt ausliefern und die bürgerliche Demokratie amputieren. Verharmlosend werden sie als Freihandelsverträge der nächsten Generation bezeichnet.

Denn es geht nur nachgeordnet um den Abbau von Zöllen; es geht vielmehr um den Abbau von sog. nicht-tarifären Handelshemmnissen und den Marktzugang für Unternehmen. Das heißt: Alle Gesetze, Vorschriften, Standards etc. stehen auf dem Prüfstand, ob sie dem Marktzugang ausländischer Unternehmen entgegenstehen können. Das heißt auch: Es entsteht ein enormer Preis- und Konkurrenzdruck sowie Verdrängungswettbewerb, der sich negativ auf die Löhne und Arbeitsbedingungen auswirken wird und dem insbesondere kleinere Unternehmen in der Regel nicht standhalten können.

CETA, TTIP und TiSA – Staatsstreich der Konzerne durch die Hintertür

Den Konzernen der jeweils anderen Staaten soll „gerecht und billig“ ohne „Diskriminierung“ der Marktzugang gewährt werden, ihre Investitionen sollen geschützt sein. Als Bereiche des „allgemeinen wirtschaftlichen Interesses“ sollen dem Markt die öffentlichen Dienstleistungen sowie die Daseinsvorsorge geöffnet werden. Nur extra aufgelistete Bereiche sind in einer Negativliste ausgenommen.

Mit Inkrafttreten der Abkommen bewirken Stillstandsklauseln, dass Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr rückgängig gemacht werden können, selbst wenn private Anbieter versagen.

Als Faustpfand für die Durchsetzung ihrer Interessen soll für die Unternehmen ein Investitionsschutzverfahren installiert werden. Sie können vor internationalen Schiedsgerichten gegen alles klagen, was ihre Gewinnerwartungen zu schmälern droht. Die Gerichte tagen unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ihre Urteile sind endgültig und völkerrechtlich verbindlich. Entscheidungen werden auf Grundlage von CETA und TTIP getroffen, die Abwägung von Verfassungsrechten, wie sie nationale Gerichte vornehmen, findet nicht statt.

Vattenfall führt uns die Gefahr solcher Klauseln mit seiner 4,7-Mrd.-Klage gegen den Atomausstieg vor Augen. Solche drakonischen Entschädigungen für „entgangene Gewinne“ sollen die gewählten Volksvertretungen nötigen, sich dem Willen der Investorinnen und Investoren zu beugen. Für internationale Konzerne wird eine Rechtsordnung jenseits von Grundgesetz, Menschenrechten, Sozialstaat und Demokratie eröffnet. Mit CETA/TTIP wird in Deutschland die „marktgerechte Demokratie“ (Angela Merkel) Wirklichkeit. Kommenden politischen Mehrheiten wird die Freiheit der Entscheidung genommen. Dies ist ein Angriff auf unsere Demokratie!

Treten diese Abkommen in Kraft, würden mühsam erkämpfte Rechte und Standards über Bord geworfen:

Auflagen und Beschränkungen im öffentlichen Interesse würden aufgehoben oder auf das Mindestmaß zwischen den beteiligten Staaten reduziert, wie z.B. der Daten-, Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitsschutz. Dem Dumping – auch bei den Sozialleistungen – zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Staaten bietet sich ein breites Feld. Nachwirkungsfristen von 20 Jahren machen einen Ausstieg fast unmöglich.

Für Hamburg bedeutet das insbesondere:

- Die Umsetzung des Volksentscheids im Bereich Fernwärme ist durch das Rekommunalisierungsverbot in TTIP, TISA und CETA in Gefahr.
- Rekommunalisierungen von Krankenhäusern wären nach Inkrafttreten von TTIP, TISA und CETA unmöglich.
- Hamburg Wasser geriete unter Privatisierungsdruck.
- Die Sonderstellung der HASPA (Gemeinwohlorientierung, kommunale Trägerschaft, Regionalprinzip) wäre in Gefahr.
- Kommunale Interessen bei öffentlichen Ausschreibungen wären gefährdet. Ein Beispiel sind die im Hamburger Vergabegesetz vorgesehenen Bindungen an Tariftreue, Mindestlohn und die ILO-Kernarbeitsnormen sowie die Mittelstandsförderung; Frauenförderung würde unmöglich gemacht.
- Das Nachtflugverbot für den Hamburger Flughafen stellt eine Behinderung im Wettbewerb der Fluglinien und Flughäfen dar.
- Die erfolgreich abgewehrte Liberalisierung der Hafendienste (Port Package) würde wieder aufgegriffen.
- Alle Maßnahmen, die der Begrenzung der Mietpreise dienen sollen (z. B. Vorgaben für sozialen Wohnungsbau und soziale Erhaltungsverordnungen), können zu Schiedsgerichtsklagen wegen „entgangener“ Gewinne führen.
- Es droht die Erlaubnis von Fracking durch die Hintertür.

Der Hamburger SPD-Senat unterstützt TTIP und trägt gegen den fertigen Vertragstext von CETA keine fachlichen Einwände vor.

DIE LINKE will, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in Hamburg und in der EU erhalten bleibt. Arbeit, Soziales, Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege und Kultur dürfen nicht zum Spielball von Konzerninteressen werden.

CETA, TTIP und TiSA können wir nur gemeinsam in einem breiten Bündnis von Initiativen, Verbänden und Einzelpersonen verhindern. Dafür steht DIE LINKE, in Hamburg, in Deutschland und in der EU.

DIE LINKE will, dass die Bürgerschaft und der Hamburger Senat „Nein zu CETA, TTIP und TiSA!“ sagen. Hamburg soll CETA-, TTIP- und TISA-frei bleiben. Die Zukunft Hamburgs sollen die Bürgerinnen und Bürger und nicht der Markt bestimmen.

1.3 Hamburger Hafen

Der Hamburger Hafen prägt die Stadt positiv wie negativ: Er ist zum einen als „Tor zur Welt“ reichhaltige Quelle internationalen kulturellen Austauschs und zum anderen eine Drehscheibe für die deutschen Rüstungsexporte. Auf Grundlage der Arbeit im Hafen ist Hamburg schon immer eine reiche Stadt. Durch die Auseinandersetzung der Arbeiter-, antifaschistischen und Friedensbewegung mit dem kolonialistischen Erbe ist Hamburg auch ein Zentrum der internationalen Solidarität, der Aufklärung und des Widerstandes. DIE LINKE sieht ihre Verantwortung für die Hafentwicklung vor allem in den Kämpfen für die Umwandlung von militärischer in umfassend zivile Nutzung, den Erhalt und Ausbau höher entlohnter Arbeitsplätze und die Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse der Menschen in Hafennähe und des Unterelberaums. Zukunftssicher wird die maritime Wirtschaft nur sein, wenn wir lokale Stärken entwickeln hafengebündelnd kooperative Strukturen in Auseinandersetzung mit den Profitinteressen der Reedereien aufbauen, ohne um dem ruinösen Wettbewerb der Europäischen Häfen ein Ende zu setzen.

DIE LINKE fordert:

- Schluss mit dem Ausführen und der Produktion von Rüstungsgütern!
- den Stopp der vollständig überflüssigen Elbvertiefung, die die Gefahren für Hamburg und weitere Ortschaften bei Sturmfluten erhöht und nur privatökonomischen Nutzen hat
- den Einstieg in eine norddeutsche und Europäische Hafenkooperation
- die Beendigung der Bedrohung der Arbeitsverhältnisse durch Dienstleistungsrichtlinie und Port Package 3
- die Beibehaltung der öffentlichen Kontrolle von HPA und HHLA
- die öffentliche Finanzierung der Infrastruktur und die Gestaltung der Hafengebühren durch die öffentliche Hand
- eine Hafenerweiterung nur auf bereits bestehenden Hafennähe
- die Verstärkung der Ausbildungsinvestitionen von der gewerblichen Fachkraft, Kaufleuten bis zum technischen und kaufmännischen Hochschulstudium

1.4 Für einen solidarischen öffentlichen Sektor

Privatisierungen führten und führen zu einer Erosion der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie zerstören die Basis einer Gesellschaft, weil weder der elementare Bedarf an Dienstleistungen gedeckt noch die gleichen Zugangsrechte zu grundlegenden Gütern von Bildung bis Wasser gewährleistet werden. Bei der Betreibung von öffentlicher Daseinsvorsorge durch die private Hand steht nur das Gewinnstreben und nicht die Leistung für die Menschen im Vordergrund. Eine solidarische Gesellschaft erfordert hingegen die Garantie eines verlässlich und zeitgemäß ausgebauten öffentlichen Sektors, den wir ausbauen und bürgerinnen- und bürgerfreundlich modernisieren wollen. Aufgaben der Daseinsvorsorge müssen demokratisch verantwortet, organisiert und kontrolliert werden. Die Teilhabe an diesen Diensten und Einrichtungen muss für alle Einwohnerinnen und Einwohner gewährleistet sein.

Statt Privatisierung setzen wir auf eine Stärkung öffentlichen Eigentums insbesondere in Bereichen der Daseinsvorsorge, der gesellschaftlichen Infrastruktur, in der Energiewirtschaft und dem Finanzsektor. Dabei sollen staatliche, kommunale, genossenschaftliche oder belegschaftseigene Eigentumsformen Berücksichtigung finden.

Dort, wo Güter oder Leistungen der Daseinsvorsorge schon privatisiert wurden, setzt sich DIE LINKE für die Rekommunalisierung ein, diese in die Verantwortung der öffentlichen Hand, zurückzuholen, um wieder die öffentliche Kontrolle über Infrastrukturen und Netzmonopole zu erlangen.

DIE LINKE fordert:

- Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist zu beenden, die schließt "Public Private Partnership"-Projekte (PPP) ein. Schulen, Bürger- und Rathäuser gehören in öffentliche Verantwortung. Das PPP-Beschleunigungsgesetz muss zurückgenommen werden.
- Die elementare Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste, Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie, Wasser, Busse, Bahnen und Abfallentsorgung gehören in die öffentliche Hand oder sind in gemeinnütziger Trägerschaft zu organisieren.
- Die Aufgabenbereiche und die Arbeitsorganisation muss überprüft werden: Die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern ist transparent und ergebnisorientiert zu gestalten, elektronische Informationssysteme müssen von Software-Monopolistinnen und -Monopolisten unabhängig sein.

- Die Beschäftigten umfassend weiterzubilden: technologische Fertigkeiten und soziale Kompetenzen sind dabei gleichermaßen stärken; die soziale Sicherheit und Mitspracherechte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes müssen gewährleistet werden.
- Die große Anzahl von öffentlichen Unternehmen in Hamburg wollen wir für eine demokratische, soziale und ökologische Wirtschaftssteuerung nutzen.
- Wir wollen durch den Ausbau öffentlicher Unternehmen eine stabile Beschäftigung und gerechte Entlohnung durchsetzen und dafür sorgen, dass bei der Entscheidung über Produktion und Verteilung soziale und ökologische Kriterien gelten und sowohl preiswerte als auch qualitativ hochwertige Güter und Dienstleistungen erstellt werden.
- Stehen diese öffentlichen Unternehmen in einem Netzwerk mit vor- und nachgelagerten Unternehmen, sollen über Auftragsvergabe und vertragliche Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen auch bei diesen betriebliche Mitbestimmung, gerechte Entlohnung, Kündigungsschutz und reguläre Beschäftigung durchgesetzt werden. Nur diese Ziele dürfen eine staatliche Beteiligung der Stadt Hamburg an Unternehmen rechtfertigen. Diese Grundsätze sollen auch bei zu erteilenden Bürgschaften – etwa durch den Hamburgischen Versorgungsfonds HVF und der Hamburgischen Investitions- und Förderbank IFB – beachtet werden.)

2 Hamburg muss sozialer werden – Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse bekämpfen, Weg mit Hartz IV

Die soziale Spaltung in der Stadt nimmt zu: Hamburg ist die Hauptstadt ungleich verteilter Einkommen. **Viele Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben. Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse nehmen zu:** schlecht bezahlte Leiharbeit, Mini- und Midi-Jobs erzwungene Teilzeit, Arbeit auf Abruf, unbezahlte Überstunden, befristete Arbeitsverhältnisse und prekäre Solo-Selbstständigkeit sind auf dem Vormarsch. Ein wachsender Anteil ist dem Hartz IV-Regime unterworfen. Sie sehen sich Sanktionen ausgesetzt, wenn sie sich weigern, unsichere oder schlecht bezahlte Arbeit aufzunehmen, werden in 1-Euro-Jobs gedrängt oder bleiben auf Dauer von Erwerbsarbeit ausgeschlossen. Prekäre Arbeit und Erwerbslosigkeit führen nicht selten zu prekären Lebensverhältnissen. Die Zahl derjenigen, die so zumindest teilweise von der sozialen und kulturellen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt werden, steigt. Betroffen von Armut sind vor allem Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende, Rentnerinnen und Rentner, Menschen mit einer Behinderung, Wohnungslose und Menschen mit Migrationshintergrund.

Hartz IV ist keine soziale Grundsicherung, sondern Armut per Gesetz. Durch Armut und Hartz IV werden Menschen von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen. Während sich auf Seiten der Wohlhabenden die Privatvermögen weiter anhäufen, verfestigt sich die Armut auf der anderen Seite. Hartz IV, dieses Kernelement neoliberaler Politik, hat die Massenerwerbslosigkeit nicht vermindert. Aber die Armut gefördert – per Gesetz. **Hartz IV ist Entwürdigung, Entrechtung und Willkür gegen die „Kunden“.** Es geht dabei einerseits darum die Überflüssigen in Schach zu halten (es fehlen Millionen Arbeitsplätze) andererseits Niedriglohnjobs durchzusetzen und die arbeitenden Menschen über Angst, Schrecken und Stigmatisierung, zu noch mehr Disziplin, Leistung und Duckmäusertum zu bringen. Zentral ist die **Abschaffung aller Sanktionen**, die eine grundlegende Verbesserung die Betroffenen bringen würde.

Hartz IV hat Lohndumping vorangetrieben, Angst vor Arbeitsplatzverlust verstärkt. Darum fordert DIE LINKE die Beendigung von Hartz IV. Das kann nur auf Bundesebene erfolgen, aber die Hamburger Politik kann und muss Druck dafür machen! Als Schritt in Richtung Abschaffung der Hartz-IV-Gesetze, fordern wir die Anhebung der Regelsätze auf ein würdiges Niveau und die bedarfsgerechte Neuberechnung der Kinderbeträge als Einstieg in eine eigenständige Kindergrundsicherung.

Wohnungsnot und Mietpreisexplosion verstärken in der Metropole Hamburg das Armutsrisiko. Die Wohnkosten verschlingen mittlerweile fast 30 % des Durchschnittseinkommens aller Haushalte, die armutsgefährdete Bevölkerung gibt dafür rund 50 % aus. Das ist eine allgemeine soziale Katastrophe von der viele betroffen sind und die zu zunehmender Wohnungs- und Obdachlosigkeit führt.

Wer arm ist, wird häufiger krank. Schuld daran sind die psychischen Belastungen, die aus Existenznöten und sozialem Druck erwachsen. Schlechte Wohnverhältnisse und Mangelernährung führen zu gesundheitlichen Belastungen.

Unzureichende Einkommen, insbesondere bei Frauen und MigrantInnen, aber auch Frühverrentungen, sowie unbehandelte psychische Erkrankungen sind Hauptursachen für die **steigende Altersarmut. Hamburg ist als Hauptstadt der Altersarmut** in den Fokus geraten. Über 18.000 Rentnerinnen und Rentner in Hamburg beziehen zusätzlich zu ihrer Rente Grundsicherung im Alter.

2.1 Für einen umfassenden Sozialausweis – Soziale Infrastruktur stärken!

Um die soziokulturelle Teilhabe der Armen dieser Stadt zu gewährleisten, braucht es **einen umfassend geltenden Sozialausweis**. Der Sozialausweis muss den Menschen ermöglichen für 1 € staatliche Museen, Theater sowie Schwimmbäder zu besuchen. Die Kosten für ein HVV-Sozialticket dürfen den im Hartz IV Regelsatz vorgesehenen Betrag für Nahverkehr nicht überschreiten und es muss für den Großbereich ohne Zeiteinschränkung gelten. Der Bücherhallenjahresbeitrag sollte halbiert werden. Beiträge für Sportvereine sollten ganz wegfallen.

Anstatt die **soziale Infrastruktur zu stärken**, welche die besonders von Armut betroffenen Menschen unterstützt, stabilisiert und ihnen damit hilft Selbstbestimmung und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln, wird gerade an dieser Stelle vom SPD-Senat gekürzt. Die Sozialbehörde will die Mittel für Sozialberatungsstellen kürzen. Das Rahmenprogramm für integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) wird drastisch heruntergefahren und den Bezirken weiterer Personalabbau zugemutet.

DIE LINKE fordert:

- Sicherung, Stärkung und Ausbau der Einrichtungen und Anlaufstellen – insbesondere von Rechts- und Sozialberatungsangebote - in den Hamburger Stadtteilen; die Arbeit der Beraterinnen und Berater muss durch ein spezielles Bildungsprogramm unterstützt werden
- Übernahme der Betriebskosten und Tarifsteigerungen um die Sicherung der Arbeitsplätze zu gewährleisten
- Das Rahmenprogramm für integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) muss gestärkt werden

2.2 Obdach- und Wohnungslosigkeit nicht verwalten – sondern bekämpfen!

Die Situation der Obdach- und Wohnungslosigkeit hat sich in den letzten Jahren dramatisch zugespitzt. Rund 10.000 Wohnungslose leben in den Unterkünften der Stadt. Einer Hamburger Statistik aus dem Jahr 2009 zufolge beträgt die Zahl der Obdachlosen in Hamburg 1.029. Die Kapazitäten in der öffentlichen Unterbringung sind seit Längerem ausgelastet, da gerade für Obdachlose nicht genügend bezahlbarer Wohnraum verfügbar ist. Sie sind von der Wohnungsnot in Hamburg besonders betroffen. Obdachlose Menschen verbringen dadurch zum Teil mehrere Jahre in Unterkünften. In letzter Zeit geraten nicht nur Einzelpersonen in die Obdach- oder Wohnungslosigkeit, sondern auch vermehrt Haushalte mit Kindern. Zum Stichtag 28.02.2014 wurden über 1.500 wohnungslose Familien mit Kindern in Gemeinschaftsunterkünften und abgeschlossenen Wohneinheiten untergebracht. Die Mehrheit der untergebrachten Familien mit Kindern sind Flüchtlinge. Aufgrund des Platzmangels in den Notunterkünften werden Familien mit Kindern, sogar Säuglinge, auch in Hotels unter katastrophalen Bedingungen untergebracht. Je größer die Belegung, desto schlechter und unerträglicher die Lebensqualität für die Betroffenen in den Unterkünften.

Die sich immer mehr verschärfende Obdach- und Wohnungslosigkeit darf nicht weiterhin verwaltet werden, sondern muss gezielt mit den aufgeführten Maßnahmen bekämpft werden. Der Verzicht auf Massenunterkünfte wie das "Pik-As" und die Errichtung von dezentralen, kleinen Unterkünften mit Mindeststandards müssen das Ziel sein. Solange es keine grundsätzliche Lösung des Problems gibt, muss das Winternotprogramm auf das ganze Jahr ausgeweitet werden. Ohne die Reintegration von Obdach- und Wohnungslosen in gesicherte Wohnverhältnisse kann nicht von einer ernsthaften Bekämpfung des Problems gesprochen werden. Es gibt signifikante Unterschiede zwischen wohnungslosen Männern und Frauen, was zahlreiche Studien belegen. Die wesentlichste Erkenntnis – neben der hohen Gewaltbetroffenheit von wohnungslosen Frauen – ist die Tatsache, dass sie oft verdeckt wohnungslos leben.

DIE LINKE fordert:

- **Zwangsräumungen** in die Obdachlosigkeit dürfen nicht stattfinden!
- **Massenunterkünfte gehören verboten**, stattdessen der Ausbau dezentraler, kleinerer Notunterkünfte für die verschiedenen Zielgruppen, insbesondere Familien mit Kindern, Frauen und junge Menschen.
- Die Stadt und die Wohnungswirtschaft müssen schnell und kurzfristig **mehr Wohnungen zur Anmietung durch Obdach- und Wohnungslose** zur Verfügung stellen. Hier muss der **Kooperationsvertrag** zwischen der Stadt und den 11 Wohnungsunternehmen strikt eingehalten werden. Der Vertrag verpflichtet die Unternehmen jährlich **1.200** Wohnungen für wohnungslose Haushalte zu stellen.
- **Wohnungsleerstände in Objekten der Stadt und der SAGA GWG** sind kurzfristig zu überprüfen und für die Vermietung aller Wohneinheiten bereitzustellen. Objekte in privater Hand, die seit Jahren leer stehen, sind von der Stadt zu enteignen.

- Leerstände bei städtischen **Büro- und Gewerbebauten** sind zu überprüfen und unverzüglich umzuwandeln in Wohnraum. Folgende **Mindeststandards** sind für die Unterbringung zu gewährleisten: Wohnfläche von mindestens 15 qm pro Person, abgeschlossene Wohneinheiten, bevorzugt Einzelzimmer und getrennte Schlafräume für Eltern und Kinder. Anträge zu Seite 12 (2., 2.1)
- Stärkung der **bezirklichen Fachstellen für Wohnungsnotfälle** um durch präventive Maßnahmen Wohnungsverlust zu verhindern und die aufsuchende Arbeit des Personals zu stärken.
- **Tagesaufenthaltsangebote** sollen Tag und Nacht zur Verfügung stehen. Die bestehenden Beratungsangebote in Richtung einer niedrigschwelligen ganzheitlichen Beratung und Betreuung mit Schwerpunkt auf Sozialberatung und Schuldnerberatung sowie psychosoziale Hilfen sind ausbauen.

2.3 Energie-, Strom- und Wasserversorgung sicherstellen!

Die Versorgung mit Strom, Gas und Fernwärme ist kein Luxus, sondern gehört zur unverzichtbaren öffentlichen Grundversorgung. Die Versorgung mit Wasser ist ein Menschenrecht. Steigende Energie- und Wasserkosten bereiten immer mehr Menschen Schwierigkeiten ihre Rechnungen zu bezahlen und können auch zu Obdachlosigkeit führen. Im Jahr 2013 wurden rund 5.800 Haushaltskundinnen und Haushaltskunden der Strom abgesperrt. Im ersten Quartal 2014 sind rund 3.200 betroffen. Gas wurde 2013 bei 280 Haushalten gesperrt und Wasser sogar 702-mal. Der Senat sieht trotz der erschreckenden Entwicklung der Zahlen keinen Handlungsbedarf, um die unzumutbaren Zustände zu bekämpfen. Diese menschenunwürdigen Maßnahmen müssen endlich beendet werden!

DIE LINKE fordert:

- Verbot auf Strom-, Gas- und Wasserabsperungen
- Eine kostenlose Grundversorgung mit Wasser und Energie ist für alle Menschen bereitzustellen.
- Die Streichung der Energie- und Wasserschulden der Haushalte.
- Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung, Arbeitslosengeld 2, Wohngeld und Kinderzulage ist der Kauf von -Neugeräten durch die jeweiligen Stellen zu finanzieren bzw. zu bezuschussen.

3 Ohne Frieden ist alles nichts – Kriegsproduktion und Waffenexporte stoppen!

Der weltweite Siegeszug des neoliberalen Kapitalismus nach 1989 hat die Weltgesellschaft in eine tiefgreifende Krise geführt. Eine Wende ist notwendig. Aber nach Auffassung von Bundespfarrer Gauck und Kriegsfamilienministerin von der Leyen soll die Bundesrepublik noch mehr militärische „Verantwortung“ übernehmen, das heißt Krieg führen. Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und der gesamte Nahe Osten, der afrikanische Kontinent und Ukraine zeigen, wohin das führt: zu tausendfachem Tod und massenhafter Flucht, zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, zu Armut und Perspektivlosigkeit und zum Erstarken reaktionärer Kräfte wie der IS. Permanent wird irgendwo auf der Welt das Völkerrecht gebrochen – für die globale Vorherrschaft der westlichen Industriestaaten und die Profite der Rüstungsunternehmen. Auch die Gesellschaft in den kriegführenden Ländern verrot durch die Militarisierung: Soldaten kehren körperlich und seelisch verletzt zurück, Bildungs- und Gesundheitswesen werden inhaltlich zugerichtet, und die Gelder fehlen für den Ausbau des sozialen Lebens und die Schaffung sinnvoller Arbeit.

In der Standortkonkurrenz „profiliert“ sich Hamburg nicht unwesentlich durch Rüstungsforschung und -produktion. Unsere Stadt ist nicht nur ein wichtiges Drehkreuz für Rüstungsexporte aller Art. Hamburg ist auch ein bedeutender Standort für Rüstungsproduktion (Kriegsschiffe, Kriegsschiffsausrüstungen etc.). In Hamburg und dem Umland sind rund hundert niedergelassene Unternehmen bekannt, die in der wehrtechnischen Industrie, als Zulieferer oder Dienstleister für das Militär tätig sind. Traditionsreiche Unternehmen wie Blohm & Voss und ThyssenKrupp lieferten schon für zwei Weltkriege das Kriegsgerät, in Hamburg sind EADS und militärrelevante Ausbildungszentren zu Hause, und über den Hafen werden Waffen in alle Welt verkauft. An den Hochschulen offen und verdeckt Kriegs- und Rüstungsforschung betrieben und Technologie z.B. für Drohnen mit milliardenschwerer Unterstützung aus dem Pentagon, aber auch mit öffentlichen Mitteln entwickelt.

Zudem ist unsere Stadt auch ein wichtiger Standort für die Bundeswehr, in der sich die Werbung fürs Töten auf besondere Weise zeigt: So gibt es Patenschaften der Bundeswehr bereits mit Kitas, Jugendoffiziere und Karriereberaterinnen und -berater sind in Schulen und Ausbildungsmessen aktiv. In Schulen liegt für Schülerinnen und Schüler vor dem Schulabschluss massenweise Werbung für die Bundeswehr aus und die Arbeitsagentur beordert Hartz IV-Jugendliche ins Arbeitsamt, wo sie von Offizieren für die Bundeswehr

beworben werden. Auch die Konsummessen in Hamburg sind Werbepattformen der Bundeswehr, jeder Hafengeburtstag ruft die Bundeswehr auf den Plan. Das „Internationale Maritime Museum“ (Tamm-Museum) liefert Geschichtsklitterung und Kriegsverharmlosung besonderer Art.

Als Teil der Friedensbewegung arbeiten wir LINKE für ein Ende aller militärischen Gewalt, für ausschließlich zivile Konfliktlösung und politischen Dialog. Wir lehnen alle Militärinterventionen prinzipiell ab und engagieren uns für die Abrüstung bis zur gänzlichen Abschaffung der Bundeswehr. Der 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus erinnert daran: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen! Das Völkerrecht – nicht das Recht des Stärkeren – muss stärker zur Geltung gebracht werden, insbesondere das Gewaltverbot und die Souveränität aller Staaten, aber auch die soziale Tragweite der UN-Charta: Gebührenfreie Bildung, Gesundheit, Arbeit und Kultur für alle Menschen und schließlich die Überwindung der globalen Ungleichheit sind zu verwirklichen.

Hamburg will laut Verfassung „im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt“ sein. Dieser Anspruch ist in dem weltoffenen Erbe der Stadt angelegt, wird in der kritischen Wissenschaft erforscht, in der inklusiven Bildung verwirklicht, in der anti-faschistischen Kultur erkämpft und in der internationalen Solidarität der Bevölkerung „von unten“ gelebt.

Damit Hamburg tatsächlich eine Friedensstadt wird, muss das Geschäft mit dem Tod ein Ende haben! Wir unterstützen die Initiativen für den Stopp aller Waffenexporte. Über den Hamburger Hafen sollen keine Waffen oder Munition mehr verschifft werden, und auch radioaktives Material darf nicht mehr durch das Stadtgebiet transportiert werden.

Die gesamte Rüstungsproduktion muss auf zivile Produktion umgestellt werden, die Arbeit soll dem Frieden und dem Wohl der Menschen nützlich sein.

Das Gleiche gilt für alle Forschung. Wir beteiligen uns daher an der Bewegung für eine Zivilklausel der Wissenschaft (Verbot militärrelevanter Forschung) und werden uns in der Bürgerschaft so lange für ihre Verankerung im Hamburgischen Hochschulgesetz engagieren, bis sie Wirklichkeit wird. Wir setzen uns konsequent für Bildung ohne Bundeswehr und eine Kultur des Friedens ein.

DIE LINKE fordert:

- Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Sperrung des Hamburger Hafens und Flughafens für Rüstungsexporte und Kriegslogistik - Konversion der gesamten Rüstungsindustrie zu ziviler Produktion
- Einführung einer Zivilklausel für alle Hamburger Hochschulen
- Unterbindung aller Auftritte von Jugendoffizieren, Wehrdienstberatern und anderen Angehörigen der Bundeswehr an Hamburger Schulen, Arbeitsagenturen und Konsummessen, stattdessen Friedenserziehung als eigenständiges projektorientiertes Schulfach an allen Hamburger Schulen
- Umwandlung der Bundeswehruniversität in eine zivile Universität
- Aufkündigung der Patenschaft für die Fregatte „Hamburg“ und aller anderen Patenschaften für militärrelevante Organisationen, Projekte etc.
- Entmilitarisierung von Eventveranstaltungen (Hafengeburtstag, Messen) und der Kultur (Museen, Denkmäler, Ausstellungen, Theater, Musik)
- Schließung des kriegsverherrlichenden Tamm-Museums und Umwidmung in ein Museum gegen Krieg und Militarismus, als erster Schritt die Kündigung des Pachtvertrages durch die Stadt
- Förderung friedensbezogener Aktivitäten ,der Geschichtswerkstätten, der kritischen Erinnerungskultur, antimilitaristischer Hafenrundfahrten, alternativer Stadtrundgänge und künstlerischer Initiativen durch die Stadt
- Wir fordern den Bürgermeister Hamburgs auf, sich im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der Mayors for Peace aktiv für die „Vision 2020“ einzusetzen, alle Atomwaffen bis 2020 abzuschaffen.

4 Keinen Fußbreit dem Faschismus und Rechtspopulismus!

Ressentiments und Vorurteile, die die Gleichheit der Menschen in Frage stellen, sind gegenwärtig gesellschaftlich weit verbreitet. Boulevard-Blätter wie die „Bild“ und andere konservative Medien verleumden bspw. die griechische Bevölkerung pauschal als „Schmarotzer“ und „Faulenzer“. Das Klischee verarmter Menschen aus Osteuropa als geldgierige Betrüger wird erneuert, um davon abzulenken, dass milliardenschwere Konzerne eine Politik betreiben, die ihre Profite auf Kosten der Mehrheit steigern soll. Die Beurteilung von Menschen nach Verwertungs- und Ausbeutungskriterien wird von der NPD völkisch zugespitzt und bis zur physischen Vernichtung von Menschen verfolgt. CDU/CSU, SPD und Grüne unterwerfen sich in ihrer Politik den herrschenden ökonomischen Verwertungsgeboten: Wer nützlich ist,

kann bleiben. Wer nicht, wird gnadenlos aussortiert. So schafft u.a. die inhumane Flüchtlingspolitik der SPD die sozialen Voraussetzungen dafür, dass rassistische Parolen verfangen können.

In besonders radikaler Form wird die Ausbeutung und Ungleichheit der Menschen von Faschisten und anderen Reaktionären wie der AfD mittels sozialdarwinistischer Ideologien (Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamophobie, Diskriminierung von Langzeitarbeitslosen usw.) verteidigt. Menschen, die nicht ausbeutbar sind oder es nicht sein wollen, werden als „wertlos“ oder „Parasiten“ denunziert. Wohin das führen kann, ist seit der Nazidiktatur und dem Holocaust bekannt. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Unser besonderes Augenmerk gilt der AfD, die eine Rolle als Scharnier zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus zu spielen versucht. Sie propagiert eine verschärfte Selektion der Menschen nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit für den Standort "Deutschland", fördert so soziale Ausgrenzung und schürt Nationalchauvinismus sowie Ressentiments gegen Minderheiten. So führt sie zu einer Verrohung des gesellschaftlichen Klimas und spielt der extremen Rechten und den Interessen großer Unternehmen in die Hände.

Wir stehen dagegen für eine Überwindung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für internationale Solidarität und soziale Gleichheit. Alle Menschen sind gleich geboren und müssen sich gleichermaßen sozial und kulturell entfalten können. Daher bekämpfen wir Neofaschismus, Rassismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit wo immer sie auftreten.

Wir beteiligen uns aktiv an demokratischen Bündnissen und kooperieren mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften, die rechter Ideologie und Ressentiments entgegentreten. Mit dem Kampf für die (Re-)Kommunalisierung öffentlicher Aufgaben und der Perspektive eines demokratischen Sozialismus greifen wir die ökonomischen Wurzeln faschistischer Ideologie an. Die Verbesserung der sozialen Grundbedingungen besonders durch flächendeckende sinnvolle Bildungs- und Kulturangebote sowie humane Arbeitsplätze, entzieht Rechtspopulisten und Faschisten den Nährboden.

Das NSU-Terrornetzwerk mordete auch in Hamburg. Am 27. Juni 2001 wurde Süleyman Tasköprü in Bahrenfeld getötet. In welchem Umfang die Haupttäter Unterstützung durch Hamburger Neonazis erhielten bzw. inwieweit Hamburger Neonazis in das NSU-Netzwerk eingebunden waren, ist bislang nicht aufgeklärt. Auch die Auswirkungen eines strukturellen Rassismus in den Sicherheitsbehörden und die Rolle von V-Leuten des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) wurden nicht aufgearbeitet. Daher setzen wir uns dafür ein, dass auch in Hamburg ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Verbindungen von Hamburger Neonazis zum NSU-Netzwerk und der Rolle des LfV eingesetzt wird. Klar ist, dass der Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ über Jahre heillos in die Machenschaften der faschistischen Mörderbande NSU verstrickt war. Daher stellt er selber eine große Gefahr für die Demokratie dar und muss aufgelöst werden.

Wir stehen für eine antifaschistische Erinnerungskultur und setzen uns dafür ein, dass Straßen und Plätze, die nach Nazis oder anderen demokratiefeindlichen Menschen benannt sind, umbenannt werden und bei Benennungen Antifaschistinnen und Antifaschisten, Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer und Opfer rechter Gewalt vorrangig berücksichtigt werden.

Mit anderen antifaschistischen Kräften kämpfen wir aktiv dafür, dass die AfD nicht in die Bürgerschaft einzieht, sondern aus dem politischen Leben restlos verschwindet.

Wir bekräftigen die Forderung nach einem Verbot der NPD und aller weiteren neofaschistischen Organisationen.

Anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung Deutschlands vom Faschismus am 8.5.2015 setzen wir uns für die Einführung eines gesetzlichen Feiertags zum Tag der Befreiung vom Faschismus ein.

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

5 Gleiche Rechte für Alle – Kein Mensch ist illegal

5.1 Für ein soziales, interkulturelles Hamburg

DIE LINKE tritt ein für die juristische, politische, soziale und kulturelle Gleichberechtigung aller in Hamburg lebenden Menschen. Eine gleichberechtigte Teilhabe ist nur möglich, wenn alle Barrieren gezielt bekämpft werden.

In Hamburg sind mehr als 500.000 Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte zu Hause. Fast jedes zweite Kind in Hamburg hat einen Migrationshintergrund. Sie prägen das gesellschaftliche Leben in allen Bereichen mit, werden jedoch in vielfältiger Weise diskriminiert und somit daran gehindert in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt zu partizipieren. Zudem ist der Anteil von MigrantInnen gerade

bei Kindern und älteren Menschen, die von Armut betroffen sind außerordentlich hoch. Diskriminierung in verschiedenen Institutionen wie auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Wohnungsmarkt oder an Schulen stellen für die Menschen eine große Hürde dar, die sich des Öfteren als eine unüberwindbare Barriere darstellt. Unter solchen Bedingungen ist eine Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen nicht gewährleistet und führt zu Perspektivlosigkeit, Chancenungleichheit und Armut. Die Selbstorganisation der Migrantinnen und Migranten in den Migrantenselbstorganisationen ist ein Gewinn für die Gesellschaft und bereichert Hamburg in vielen Facetten. Diese Selbstorganisation muss gewürdigt und unterstützt werden. 230.000 Menschen hatten bei der letzten Bürgerschaftswahl aufgrund ihres Status nicht die Möglichkeit ihre Stimme abzugeben. Deshalb fordert DIE LINKE das allgemeine passive und aktive Wahlrecht für alle Menschen ab 16 Jahren, die in Hamburg leben. Menschen sollte grundsätzlich offen stehen, ohne Nachteile eine Doppelte Staatsangehörigkeit wahrzunehmen.

DIE LINKE fordert grundsätzlich:

- Sicherung und Ausbau der Beratungsstrukturen für Migrantinnen und Migranten.
- Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und sozialen Dienste ernsthaft vorantreiben
- Die Aneignung interkultureller Kompetenzen und interkultureller Sensibilität in Bereichen wie der Pflege, Gesundheit, Schule, Hochschule, Verwaltung, Justiz usw.
- Der Einsatz von staatlich geprüften Dolmetscherinnen und Dolmetschern muss gewährleistet werden
- Die gezielte Antidiskriminierungsarbeit muss gestärkt und ausgeweitet werden. Die Antidiskriminierungsstelle darf nicht gestrichen werden, sondern muss gesichert und finanziell unterstützt werden.
- Die Bekämpfung von rassistischen Tendenzen in Hamburg
- Ein Ende ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse. Die Regulierung von Arbeit und die Einhaltung arbeitsrechtlicher Normen ist eines der Ziele.
- Kostenlose Sprachangebote für alle Altersstufen sind auszubauen und niedrigschwellig anzubieten
- Die Stellen der bezirklichen Integrationsbeauftragten sind zu erhalten und zu sichern
- Erleichterung bei Einbürgerungen
- das Recht auf Doppelte Staatsbürgerschaft ohne Nachteile
- das allgemeine passive und aktive Wahlrecht für alle in Hamburg lebenden ab 16 Jahren unabhängig von Status und Staatsbürgerschaft
- Herkunftssprachlichen Unterricht für sämtliche MigrantInnengruppen
- Dass das Türkischstudium für das Lehramt (Bachelor und Master) an der Universität Hamburg aufrecht erhalten bleibt und langfristig gesichert wird.
- dass die Stellen der bezirklichen Integrationsbeauftragten in allen Bezirken Vollzeitstellen werden – und diejenigen die es bereits dringend zu erhalten und zu sichern sind

Ein besonderes Problem ist die Situation von **EU-Bürgerinnen und Bürgern in Hamburg**. Die Auswirkungen der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise auf ost- und südeuropäische Länder sind sichtbar auf Hamburgs Straßen. Menschen, die aus den krisengeschüttelten ost- und südeuropäischen Ländern nach Hamburg gekommen sind, sind stark betroffen von Armut. Einwanderinnen und Einwanderer aus Rumänien und Bulgarien befinden sich weiter im Fokus rechtspopulistischer Stimmungsmache. Auch antiziganistische Ressentiments werden geschürt. Die Betroffenen haben soziale Rechte und die Anspruchnahme sollte gestärkt werden. Doch statt Verantwortung zu übernehmen, schiebt der Senat diese Verantwortung weg und ignoriert die prekäre Lebenssituation der Menschen.

DIE LINKE fordert für die zugewanderten Menschen aus der EU:

- Die Unterbringung von Betroffenen in familiengerechten und bezahlbaren Wohnraum.
- Mehr Streetworkerinnen und Streetworker sowie Förderung und Ausbau der Beratungsstellen für zugewanderte EU-Bürgerinnen und Bürger.
- Kita- und Schulbesuch der Kinder- und Jugendlichen sicherstellen
- Den Einsatz der Mittel „Soziale Stadt“ für betroffene Metropolen und Kommunen konsequent und transparent für die Integration der Betroffenen einsetzen.

Mit diesen sozialpolitischen Forderungen wollen wir als DIE LINKE gemeinsam mit Sozialverbänden, Migrations- und Flüchtlingsverbänden, sozialen Initiativen und Einrichtungen, der Diakonie Hamburg, dem Rotstift-Bündnis und den Gewerkschaften gegen die soziale Spaltung zusammenarbeiten.

5.2 Für eine solidarische und menschenwürdige Flüchtlingspolitik

Flucht und Migration sind eine Tatsache, hervorgebracht durch Krieg und bewaffnete Konflikte, durch politische Verfolgung, durch Umweltzerstörung, durch Elend und Not. Die zentralen Industriestaaten einschließlich der Bundesrepublik und der EU tragen hierfür eine maßgebliche Verantwortung. Durch die Ausbeutung von Ressourcen im Mittleren Osten, Afrika und weiteren Regionen werden soziale Grundlagen in Gesellschaften systematisch zerstört und ganze Staaten langfristig destabilisiert. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, Fluchtursachen zu bekämpfen: durch eine solidarische Wirtschafts- und Handelspolitik, durch sofortigen Stopp aller Waffenexporte, durch Förderung von Frieden statt Befeuern von Krieg. Wir setzen uns ein für eine völlige Umkehr in der Flüchtlingspolitik, dafür, dass Hamburg ein sicherer und solidarischer Zufluchtsort für Flüchtlinge wird. Jeder Mensch hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Flüchtlinge dürfen nicht aufgrund ihrer vermeintlichen Verwertbarkeit für den Arbeitsprozess ungleich behandelt werden. Derartige Ungleichbehandlungen verstoßen gegen die Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonvention.

Hamburg braucht ein neues Konzept für die Aufnahme von Flüchtlingen. Die Unterbringung in Flüchtlingsunterkünften darf nie mehr als eine vorübergehende Notlösung sein, Mindeststandards sind unter allen Umständen einzuhalten. Unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus müssen alle Flüchtlinge rechtlich und materiell das Recht auf eine eigene Wohnung erhalten. Ihre soziale Situation muss verbessert, die Bedingungen für ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch uneingeschränkten Zugang zu Bildung über Schule, Ausbildung und/oder Hochschule bis Kita, zu Arbeit, von der man leben kann, zu gesundheitlicher Versorgung, zu Mobilität.

Wir widersetzen uns der Abschiebemaschinerie und fordern die vollständige Abschaffung von Abschiebehaft.

Wir fordern ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge:

In besonderer Weise setzen wir uns ein:

- für das Bleiberecht für der Flüchtlinge der Gruppe Lampedusa in Hamburg und für andere Flüchtlinge, die über EU-Länder eingereist sind. Die Stadt muss alle rechtlichen Spielräume ausnutzen und sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einsetzen, dass die Dublin-Regelung (in vermeintlich "sichere" Dritt-Staaten) außer Kraft gesetzt wird.
- für die sofortige Aussetzung von Kettenduldungen und die regelhafte Vergabe der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis nicht unter zwei Jahren.
- Für die völlige Abschaffung der Residenzpflicht, für die Legalisierung von Menschen ohne Papiere.
- Eine sofortige Amnestie für Menschen ohne Papiere – Anerkennung der rechtlichen Gleichstellung und Erteilung von Papieren und Aufenthalt für alle Menschen ohne Papiere, die sich derzeit in Hamburg aufhalten
- für die Achtung der Rechte minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge, pädagogische Betreuung und Bildungschancen sowie die sofortige Beendigung der menschenunwürdigen Altersfeststellung.
- für eine menschenwürdige Unterbringung in familiengerechten und dezentralen Wohnungen und damit die Abschaffung der Unterbringung in Flüchtlingslagern.
- dass die Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als für Sinti und Roma sichere Staaten zurückgenommen wird

6 Frauenrechte sind Menschenrechte

Die Diskriminierung von Frauen findet sich in vielen Bereichen - zum Beispiel in Bedarfsgemeinschaften von Hartz IV, durch die vom Versorgungszwang geschaffenen Abhängigkeiten, in den sozialen Bedingungen für die vielen alleinerziehenden Frauen, in der Armutsgefährdung von Frauen im Alter, und den weitaus geringeren Einkommen. Frauen sind potenziell den Gefahren häuslicher Gewalt ausgesetzt, die für sie die allergrößte Gesundheitsgefährdung bedeutet.

Die Veränderung der Gesellschaft hin zu prekären, auch bei Vollzeit nicht mehr die Existenz sichernden Arbeitsverhältnissen und der Ab- und Umbau des Sozialstaats sowie die rigide Veränderung der öffentlichen Arbeitsverwaltung hat die soziale Ungleichheit auch innerhalb der Frauen verstärkt. Durch Privatisierung, Vernichtung von Arbeitsplätzen und Einschnitten im sozialen Bereich wird die Sorge für Kinder, Alte und Kranke zunehmend individualisiert. Immer noch tragen Frauen hierbei die Hauptlast.

Egal in welcher Lebenslage sich Frauen außerdem befinden: Ob sie behindert sind, eine migrantischer Herkunft haben, ob sie älter sind oder erwerbslos: Immer sind sie stärker diskriminiert als Männer in vergleichbaren Lebenslagen.

Politik ist nicht geschlechtsneutral. Wir achten daher in allen Politikbereichen darauf, ob unsere Forderungen Benachteiligungen von Frauen beseitigen und Emanzipation und ein würdiges Leben für alle zu fördern. Emanzipiert ist eine Gesellschaft nur dann, wenn jede und jeder abgesichert ist und gleiche Chancen zur Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe haben. Kinder dürfen kein Grund für ökonomische Abhängigkeit und Armut mehr sein. Die Reproduktionsarbeit soll gesellschaftlich organisiert und finanziert werden.

Unser Ansatz zur Beendigung der Unterdrückung des weiblichen Geschlechts ist die Überwindung der ökonomischen Unselbstständigkeit der Frauen. Unserer Auffassung nach resultieren aus ökonomischen Abhängigkeiten Armut, sowie körperliche und psychische Gewalt. Sexismus verschwindet nicht mit den kapitalistischen Ausbeutungsstrukturen. Sexismus ergibt sich aus der jahrhundertealten Prägungen der patriarchalen Gesellschaft

DIE LINKE Hamburg will mit ihren Forderungen in Hamburg daher eine neue gesellschaftliche Debatte entfachen, um Mädchen und Frauen für ihre Rechte zu sensibilisieren und sie auf ihrem Weg der Emanzipation zu unterstützen. Dabei geht es uns nicht um eine einseitige Betrachtung: Jungen und Männer verpassen ebenso aufgrund ihrer Rollenzuweisungen und gelebten Prägungen jede Menge Lebenschancen, die sie als Individuen nutzen könnten.

DIE LINKE will auf verschiedenen Ebenen Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der Geschlechtszugehörigkeit oder des Geschlechterverhältnisses aufdecken, darüber aufklären und Veränderungen einleiten. Wir setzen uns für die kommenden Jahre in der Frauen- und Gleichstellungspolitik folgende Schwerpunkte:

- Der Kampf gegen Frauenarmut ist unser vordringlichstes Ziel. Wir kämpfen für die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen!
- Für eine Erhöhung des Landesmindestlohns auf 13 Euro;
- Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- Für einen Landesaktionsplan „Gute Arbeit für Frauen“. Dazu gehören verbindliche Verabredungen mit der Hamburger Wirtschaft, zum Beispiel was den Abschluss von Ausbildungsverträgen mit jungen Frauen angeht. Schwerstarbeit von Frauen, z.B. in der Pflege, muss endlich die gleiche Wertigkeit wie die der klassischen Männerberufe bekommen.
- Wir wollen die Abschaffung prekärer Beschäftigung und fordern stattdessen diese Stellen mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zu besetzen.
- Für den Ausbau betreuter Wohnprojekte für obdachlose Frauen.
- Den einzigen Tagesobdachlosentreff nur für Frauen, KEMENATE, wollen wir stärker fördern und ausbauen und in anderen Bezirken entsprechende Treffpunkte schaffen
- Für eine Mindestrente statt einer rechtswidrigen Zwangsverrentung, wenn Frauen Arbeitslosengeld II oder Aufstockung erhalten
- Wir wollen, dass Hamburg ein unabhängiges Landesbüro für Geschlechterdemokratie bekommt. Nur mit diesem Instrument kann die Gleichstellungspolitik beschleunigt und die Ziele nachhaltig umgesetzt werden.
- Gender Budgeting, die geschlechtergerechte Haushaltsführung, muss forciert und für alle Bereiche des Haushalts umgesetzt werden.
- Kenntnisse über Sexismus und Auswirkungen des sozialen Geschlechts sollen in allen Fortbildungen, die in Hamburg angeboten werden, als integraler Bestandteil vermittelt werden.
- Vollzeitstellen für Frauenbeauftragte sind in allen Behörden, Dienststellen, Landesbetrieben sowie Unternehmen, in denen Hamburg Mehrheiten und Anteile hält, zu schaffen.
- In allen Bezirken jeweils eine Gleichstellungsbeauftragte mit eigenem Budget.
- Ein Gleichstellungsgesetz, das seinen Namen auch verdient, indem es die hier entwickelten Forderungen zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen aufnimmt.
- Beratungseinrichtungen in Hamburg – ob interkulturell, bei Suchtfragen oder für Erwerbslose – müssen geschlechtssensibel beraten. Die Fachleute vor Ort müssen dafür ausgebildet sein. Daher heißt es für uns: Zuwendungen für Beratungen nicht kürzen, sondern professionalisieren. Tarifierhöhungen müssen für die dort Beschäftigten in vollem Umfang weitergegeben werden.
- Um der häuslichen Gewalt wirkungsvoll zu begegnen, bedarf es fester Kontingente von Wohnungen für die Bewohnerinnen von Frauenhäusern und ihren Kindern.
- Ein weiteres Frauenhaus für Hamburg, bis die Belegungszahlen in den jetzigen Frauenhäusern wieder konstant rückläufig sind.

- Sexarbeit darf nicht kriminalisiert werden.
- Da der Umgang mit Medien immer noch nach Geschlechtern unterschiedlich erfolgt, fordern wir ein geschlechtergerechtes Konzept zur Medienkompetenzförderung.
- Frauen und Mädchen sind aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse, geschlechtsspezifischer Behandlung und immer noch vorrangiger Zuständigkeit für die Kinderbetreuung oftmals weniger mobil als Männer. Daher wollen wir auf allen Ebenen Maßnahmen ergreifen, die Mobilität von Frauen und Mädchen fördern. Dazu gehört für uns auch eine allgemeine Absenkung der Fahrpreise im Öffentlichen Personennahverkehr. Fahrradlernkurse sind nur ein Anfang.
- Zur Stärkung der Vielfalt geschlechtlicher Lebensweisen braucht eine emanzipatorische Arbeit mit und für Lesben eine verlässliche und ausreichende Ausstattung mit Finanzen in allen Lebensbereichen, sei es Beratung, Bildung oder im Alter. Gleichzeitig muss sich der Bildungsbereich diesen Themen verstärkt annehmen, um Kinder- und Jugendliche bereits in frühen Jahren in ihrer geschlechtlichen Identitätsbildung zu unterstützen. Freie Wahl der Mutter für den Geburtsort ihres Kindes. Hausgeburten und Geburten im Geburtshaus müssen weiter möglich und finanziell abgesichert sein. Hebammentätigkeit muss durch einen bundesweiten, steuerfinanzierten, Haftungsfonds gesichert werden. Wir fordern außerdem, dass Hamburger Krankenhäuser mit Geburtenabteilungen sich als babyfreundliches Krankenhaus zertifizieren lassen und die Zielpatenschaft Stillförderung wieder ihre Arbeit aufnimmt.
- Wir wollen, dass die Erkenntnisse der Frauengesundheit und der Gendermedizin auf allen Ebenen des Gesundheitswesens etabliert werden. Vor allem gilt dies für die Forschung.
- Wir fordern kostenlose Verhütungsmittel. Die ersatzlose Streichung des § 218 Strafgesetzbuch bleibt unsere Forderung.
- Auf Geschlechtergerechtigkeit sollte auch bei der Erinnerungskultur geachtet werden, zum Beispiel durch die Benennung von Straßen, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen und Institutionen nach Frauen.
- Zur Beachtung einer weiblichen Erinnerungskultur gehört auch die Würdigung von Jahrestagen durch Aktionen und Veranstaltungen, auch in Schulen und Rathäusern, zum 8. März und zum 25. November (Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen)
- Der 8. März ist der Kampftag der Frauen- und Arbeiterinnen- und Arbeiterklasse. Wir fordern, dass er in Hamburg zum Feiertag erhoben wird.

7 Wohnen für alle und nicht Profite für wenige! Eine alternative Wohnungs- und Mietenpolitik ist möglich

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, also ein existentielles soziales Gut und kann daher nicht wie andere Waren auf dem freien Markt gehandelt werden. Dieser führt gerade in der Finanzkrise, wo sich das Kapital auf der Suche nach Profit auf den Wohnungsmarkt stürzt, dazu, dass gnadenlos mit überwiegend überbewerteten Wohnungen nachverdichtet wird, Leerstand aus spekulativen Gründen im großen Ausmaß entsteht, obwohl dringend bezahlbarer Wohnraum benötigt wird. Die Bauherren berücksichtigen die Bedürfnisse der Menschen weder nach günstigen Wohnraum noch nach Frei- und Grünflächen, weil es hauptsächlich um Rendite geht, was zunehmend zu Konflikten mit der ortsansässigen Bevölkerung führt.

Mehr als die Hälfte aller Hamburger Haushalte hat aber einen Anspruch auf eine geförderte Wohnung. Dennoch nimmt der Anteil so dringend benötigter günstiger Wohnungen dramatisch ab. Gab es noch im Jahr 2009 ca. 234.000 Wohnungen mit einer Nettokaltmiete von unter 6 €/m², sind es im Jahr 2013 nur noch knapp 132.000. Das Wohnungsbauprogramm des SPD-Senats berücksichtigt konsequent die Profitinteressen der Investoren. Günstige Wohnungen im 1. Förderweg werden weiterhin rapide abnehmen. Bis 2017 werden es lediglich noch 63.000 Wohnungen sein. Und diese werden nach und nach ebenfalls aus der befristeten Sozialbindung fallen. Diese Politik führt systematisch dazu, dass in absehbarer Zeit nur noch Wohlhabende es sich leisten können in Hamburg zu wohnen. Geringverdiener und Leistungsbezieher werden aus der Stadt verdrängt.

Der SPD-Senat verkündet von Jahr zu Jahr stolz, es sei seiner Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zu verdanken, dass der Anteil von Geringverdienerinnen und -verdiener, Aufstockerinnen und Aufstocker sowie Hartz-IV-Bezieherinnen und Bezieher abgenommen und das durchschnittliche Einkommen der Hamburgerinnen und Hamburger sich erhöht habe.

DIE LINKE tritt für eine alternative, gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik ein. Um diese ganz andere, an den realen Bedürfnissen der Menschen orientierte Wohnungspolitik durchzusetzen, ist eine Anerkennung

des Wohnens als soziales Grundrecht vonnöten. Die Wohnungen und Mieten müssen dem kapitalistischen Verwertungsprozess entzogen werden. Auf diesem Wege muss zunächst der Wohnungsbau des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA/GWG und der Genossenschaften gestärkt und auf das Gemeinwohl verpflichtet werden.

DIE LINKE fordert:

Wohnungsbau – sozial und an den Bedarfen orientiert:

- Bei allen Bauvorhaben ist ein Mindestanteil an Sozialwohnungen von 50 %, auf städtischen Flächen von 100 % zu erreichen, vorrangig im 1. Förderweg (6,10/m² nettokalt). Neue Sozialwohnungen sollen überall entstehen, auch in den Reichen-Vierteln.
- Abschaffung der Befristung der ‚Sozialbindung‘, die Mietpreisbindung muss grundsätzlich immer gelten, damit auch langfristig gewährleistet ist, dass es günstigen Wohnraum gibt.
- Auslaufende Mietpreis- und Belegungsbindungen müssen in großem Umfang verlängert bzw. zurück gekauft werden.
- Massiver Ausbau des Wohnungsangebots des städtischen Unternehmens SAGA GWG.
- Die alljährlichen Überschüsse der SAGA GWG werden für den verstärkten Neubau von Sozialwohnungen und den Aufkauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen genutzt.
- Die unterschiedlichen Bedürfnisse von Singles, Familien, Seniorinnen und Senioren sowie benachteiligten Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Menschen mit Behinderungen, sind viel stärker zu berücksichtigen. In Anbetracht der hohen Zahl von über 50 % Einpersonenhaushalten in Hamburg, sind viel mehr kleine bezahlbare Wohnungen nötig.

Grundstückspolitik neu gestalten:

- Kein Verkauf städtischer Grundstücke, sondern Vergabe im Erbbaurecht an soziale und gemeinnützige oder städtische Wohnungsunternehmen. Dadurch werden eine langfristige Bestandssicherung und eine soziale Mietpreisgestaltung ermöglicht.
- Im Sinne einer sozial gerechten Bodennutzung müssen Wertsteigerungen der (Bau-) Grundstücke besteuert und diese Einnahmen für Infrastruktur und soziale Aufgaben eingesetzt werden.
- Nachverdichtung darf nicht zu Lasten von notwendigen Grün-, Sport-, Schul- und Freizeitflächen gehen.

Die Rechte von Mieterinnen und Mietern stärken:

- Grundsätzlich wollen wir die Orientierung der Mieten an den realen Lebens- und Einkommensverhältnissen der unteren und mittleren Einkommenschichten der Bevölkerung sowie an den Erstellungs- bzw. Instandhaltungskosten statt an Profitinteressen. Die Miete darf nicht aufgrund eines Mieterwechsels erhöht werden.
- Als ersten Schritt wollen wir die grundlegende Überarbeitung des Hamburger Mietenspiegels. Notwendig ist, in die alle vier Jahre durchgeführte Erhebung sämtlicher Mieten auch die unverändert gebliebenen und die der öffentlich geförderten Wohnungen eingehen zu lassen, um so das durchschnittliche Mietniveau aller Haushalte zu ermitteln.
- Einführung eines Mietpreisstops bei der SAGA GWG zunächst für die kommenden 5 Jahre.
- Mieten der städtischen Wohnungsgesellschaft SAGA GWG sollen nur noch nach mit den Mietern vereinbarten Wohnraumverbesserungsmaßnahmen steigen dürfen.
- Keine Kürzungen bei den Unterkunftszuschüssen für Hartz-IV-Betroffene. Die Mietobergrenzen sind ohne Verzug an den „Mietenspiegel“ anzupassen. Zwangsumzüge und Zwangswohnungsräumungen sind ein Verstoß gegen das Grundrecht auf Wohnen und werden von der LINKEN strikt abgelehnt.
- Einführung eines generellen Umwandlungsverbots von Miet- in Eigentumswohnungen. Besonders die von Verdrängung der Bewohnerinnen und Bewohner bedrohten Quartiere und ihre soziale Struktur sind durch flächendeckende Soziale Erhaltungssatzungen zu schützen.
- Aufbau einer Kommunalen Wohnungsagentur, die Wohnungen kostenfrei vermittelt.

Belastung der Haushalte durch die energetische Sanierung begrenzen.

- Die Sanierung muss in der Ökobilanz positiv sein und darf nicht zu Lasten der Mieterinnen und Mieter gehen. Die Wärmedämmung erhöht den Wert des betreffenden Objekts und muss daher vor allem von den Hauseigentümerinnen und -eigentümern bezahlt werden. Nach den baulichen Eingriffen dürfen keinesfalls Miete und Energiekosten höher sein als vorher.
- Das Mietminderungsrecht muss auch bei energetischer Sanierung wieder hergestellt werden.
- Steuerliche Absetzbarkeit von Büro- und Wohnungsleerständen muss abgeschafft werden.
- Keine Bereitstellung städtischer Flächen für Büroneubau, sofern dieser nicht mit produzierendem Gewerbe verbunden und die Möglichkeit des Rückgriffs auf Büroleerstand ausgeschöpft ist. Für private Flächen muss dasselbe Prinzip gelten.

- Die Möglichkeit der Umwandlung von leerstehenden Büroflächen muss systematisch überprüft werden. Die Umwandlung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum muss ggf. erzwungen werden, auch durch Enteignung als Mittel zur Beseitigung der Wohnungsnot.
- Das Wohnraumschutzgesetz muss durch personelle Aufstockung in den Bezirksämtern durchgesetzt werden.
- Leerstand, Zweckentfremdung, Verkommenlassen von Wohnraum etc. sind streng zu ahnden. Eigentum verpflichtet und soll dem Allgemeinwohl dienen, heißt es im Grundgesetz, und dies muss sich in einem konsequenten Vorgehen der Behörden niederschlagen, auch in Form von Zwangsbelegungen durch die Bezirksämter oder Enteignung.

DIE LINKE fordert einen offenen Diskurs mit BürgerInnen über Fragen der Gestaltung unserer Stadt. Wie wollen wir leben? Wie viel Grün soll es geben? Wie soll die Gestaltung des Verkehrs aussehen? Welche soziale Infrastruktur wollen wir? Wie hoch und dicht soll bebaut werden? Diese und mehr Fragen müssen gemeinsam ergebnisoffen in den Quartieren besprochen werden und die Ergebnisse sollen Grundlage für die Stadt und Bezirksämter zur Planung der Stadtentwicklung sein. Nur so lässt sich Bürgerbeteiligung von Anfang an realisieren.

8 Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht!

DIE LINKE engagiert sich für eine emanzipatorische Bildung und Erziehung. Diese soll auf die Persönlichkeitsentwicklung, die allgemeine und berufliche Bildung sowie auf die demokratische Teilhabe gerichtet sein und der sozialen Ungleichheit entgegenwirken. DIE LINKE tritt für ein einheitliches und demokratisches Bildungswesen ein, von der KiTa bis zur Weiterbildung. Jeder und jedem sollen die gleichen Möglichkeiten offen stehen sich zu bilden. Die kritische Aneignung der Realität, die Bildung eines humanitären Bewusstseins, die solidarische Aufmerksamkeit für die Mitmenschen, die Entwicklung verantwortungsvoller Handlungsfähigkeit zur Überwindung von gesellschaftlichen Problemen, die Ermöglichung zivilcouragierten Handelns bei ungerechten sozialen Verhältnissen, das sollten allgemeine Ziele der Ausbildung und des Lernens in allen Bildungseinrichtungen von der KiTa über die allgemeine und berufliche Schule bis zur Hochschule sein.

8.1 Gebührenfreie und gute frühkindliche Bildung für alle

Die ersten Jahre sind für die Entwicklung eines Menschen besonders wichtig. Kleinkinder wollen nicht nur mit ihren Eltern zusammen sein, sondern auch mit anderen Kindern spielen und die Welt entdecken. In dieser Gemeinschaft lernen sie sich als soziales Wesen zu verstehen und zu entwickeln.

Auf dem Papier gibt es inzwischen den Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz ab dem ersten Jahr. Dennoch suchen viele Eltern nach wie vor händeringend nach Plätzen. Es hapert aber nicht nur an KiTa-Plätzen, sondern auch an der Ausstattung. Hamburg hat im bundesweiten Vergleich einen der schlechtesten Personalschlüssel. Darunter leidet notwendig auch die Qualität der Erziehungsarbeit.

DIE LINKE fordert deshalb:

- Krippen und Kindergärten sind Bildungseinrichtungen. Jedes Kind muss deshalb ab dem 1. Lebensjahr den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz bekommen. Dieser ist (einschließlich der Verpflegung) öffentlich zu finanzieren und für die Eltern gebührenfrei.
- Der Personalschlüssel ist entsprechend der grundsätzlichen Forderungen der Gewerkschaften, von Fachleuten und der organisierten Elternschaft in Hamburg auf je eine Fachkraft für 3 Kinder für alle bis zu 3-jährigen Kinder und auf 1:7,5 Kinder für alle 3 bis 6-jährigen Kinder zu verbessern. Ausfall- und Vorbereitungszeiten sind in den Personalschlüsseln zu berücksichtigen.
- Die Ausbildung aller Erzieherinnen und Erzieher ist auf Fachhochschulniveau anzuheben, so wie es in skandinavischen Ländern die Regel ist, und sie sind entsprechend tariflich zu bezahlen. Der Beruf der Erzieherinnen ist mit einer höheren tariflichen Einstufung auch aufzuwerten. Die prekäre Beschäftigung von Fachkräften im Kita-Bereich ist abzubauen. Gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sichern eine gute Betreuungsqualität für die Kinder und stärken ihre Rechte.
- Die Finanzierungsbeteiligung des Bundes, damit die Länder und Kommunen die Kinderbetreuung nicht allein bezahlen müssen.

Als ersten Schritt in diese Richtung unterstützt DIE LINKE auch die Sofortforderung der Verbände, der Gewerkschaften, der organisierten Elternschaft und des Kita-Netzwerks nach der Verbesserung der Personalschlüssel um 25%. Damit stehen wir in der erfolgreichen Tradition der Volksinitiative frühkindliche Bildung vor der letzten Wahl, an der wir als einzige Partei beteiligt waren.

8.2 Für ein sozial gerechtes Schulwesen

Seit 2010 gibt es in Hamburg das „Zwei-Säulen-Schulmodell“ aus Stadtteilschulen und Gymnasien. Nach wie vor gilt das Gymnasium als die Schule für die „Besseren“ und die Stadtteilschule wird mehr und mehr zur „Restschule“. Entsprechend dieser Ideologie und im Zusammenhang mit der starken sozialen Auswahl ballen sich in den Stadtteilschulen die sozialen Herausforderungen. Sie nehmen zudem 95 % der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf, während der Senat bei weitem nicht die erforderlichen Mittel für die Herausforderung der „Inklusion“ zur Verfügung stellt, und die Stadtteilschulen stehen vor der zusätzlichen Aufgabe, aus den Gymnasien „abgeschulten“ und vom Leistungs- und Konkurrenzwahn vergraulten Kindern wieder die Freude am Lernen zu eröffnen.

Das Zwei-Klassen-Schulsystem ist gescheitert und gehört abgeschafft.

DIE LINKE fordert: Eine Schule für alle!

Die LINKE wird sich in allen schulpolitischen Auseinandersetzungen weiter für Eine Schule für alle einsetzen. Nur sie schafft die Aussicht auf Bildungsgerechtigkeit.

Die Grundschulen sind ein Beweis dafür, dass es möglich ist, alle Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit in einer Schule zu unterrichten. Sie sind ein Modell für die Eine Schule für Alle. DIE LINKE ist gegen das Zwei-Säulen-Modell, weil es ungerecht ist. Sie ist auch gegen den „Schulfrieden“ der anderen Parteien, weil es Schulfrieden nur auf der Grundlage von Bildungsgerechtigkeit geben kann. Ein zweigliedriges Schulsystem für die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in Hamburg verhindert ein inklusives Schulsystem, es steht ihm diametral entgegen.

Die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in Hamburg und ihr Anrecht auf eine umfassende Bildung müssen der Ausgangspunkt der Hamburger Bildungspolitik werden. DIE LINKE tritt für die Eine Schule für Alle ein, weil diese demokratischer und sozial gerechter als das Zwei-Säulen-Modell ist. Beginnen kann dieser Prozess schon jetzt in Kooperationen von Stadtteilschulen und Gymnasien, organisiert in regionalen Schulentwicklungsplänen vor Ort. Für den Weg zum Abitur können Oberstufenzentren bzw.

Oberstufenverbände aus jeweils mehreren Stadtteilschulen und Gymnasien eingerichtet werden, in denen alle Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrem Leistungsvermögen in zwei, drei oder vier Jahren das Abitur erlangen können. Diese Oberstufenverbände würden den einzelnen Schülerinnen und Schüler ein breiteres Kursangebot bieten und ohne Veränderung der Schulstruktur allen einen individuelleren Weg zum Abitur entsprechend ihrer inhaltlichen Interessen eröffnen. Die leidige Diskussion über G8/G9 hätte sich damit im Interesse der Schülerinnen und Schüler erledigt.

DIE LINKE greift in alle aktuellen Auseinandersetzung um das bestehende Schulsystem mit dem Ziel ein, Eine Schule für alle zu verwirklichen.

DIE LINKE fordert:

- Die Abschaffung des „Abschulens“, denn das Abschulen verstärkt die soziale Ausgrenzung und belastet die betroffenen Schülerinnen und Schüler psychosozial in unverantwortlicher Weise.
- Die Gymnasien müssen die Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der Klasse 10 übernehmen. Schülerinnen und Schüler müssen auch an Gymnasien individualisiert lernen und den Mittleren Schulabschluss machen können.
- Die Übernahme der gesellschaftspolitischen und pädagogischen Aufgabe der Inklusion nicht nur an Stadtteilschulen, sondern in gleicher Weise auch an Gymnasien.
- Die Doppelbesetzung mit Lehrkräften für die Inklusion und flächendeckend ausgebildete Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache in allen Klassen, die von Kindern mit Sprachdefiziten besucht werden.
- In Stadtteilschulen und Gymnasien identische Konzepte der Berufs- und Studienorientierung mit gleicher Stundenzahl.
- Kleinere Klassen, weil in kleinen Lerngruppen gemeinsames solidarisches Lernen vereinfacht wird und Kinder und Jugendliche sich besser entfalten sowie Neues entwickeln kann.
- Gleich gute Ausstattung für beide weiterführende Schulformen (Fachlehrkräfte mit gleicher Ausbildung, Bezahlung und Stundenzahl) und besondere Förderung für Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen, um die Kinder und Jugendlichen bei der Überwindung zusätzlicher Lernhindernisse zu unterstützen.
- Die Abschaffung des Hauptschulabschlusses (neuerdings 'erster allgemeinbildender Abschluss' genannt). DIE LINKE will, dass es am Ende der Mittelstufe nur noch den Mittleren Schulabschluss (früher Realschulabschluss, neuerdings 'erweiterter allgemeinbildender Abschluss' genannt) gibt.
- Das Lehrerarbeitszeitmodell ist abzuschaffen.

- Die Privatisierungen müssen gestoppt und umgekehrt werden. Privatschulen sind Teil eines elitären Bildungskonzepts und pädagogisch und sozial schädlich. Die Privatschulförderung ist auf ein bundesübliches Maß von 70 % der Schülerkostensatzes zurückzuführen und die entsprechenden Mittel von über 20 Mio. € sind für die Inklusion zu verwenden. Es darf keine Auslagerung der Schulverpflegung, integrierter Förderung, Therapie usw. an Private mehr geben.

8.3 Ganztagsschulen schaffen, die den Namen verdienen: Ganztagsbildung ermöglichen

DIE LINKE setzt sich für die Entwicklung aller Schulen zu gebundenen Ganztageschulen ein. Dies ist aus sozial- und aus bildungspolitischen Gründen richtig, um Eltern zu entlasten und die Verantwortung für die Bildung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen stärker öffentlich wahrzunehmen.

Der SPD-Senat lässt die Ganztagschule mit der „Ganztägigen Bildung und Betreuung“ (GBS), welche vormittags aus Unterricht und nachmittags aus Verwahrung besteht zum Sparmodell verkommen. Stattdessen ist ein ganztägiges Lern- und Entwicklungskonzept erforderlich, das von Schule und Jugendarbeit (sowohl Offener Kinder- und Jugendarbeit als auch Vereinsarbeit) auf Augenhöhe entwickelt und umgesetzt wird. Aufgabe von Ganztagsbildung ist es, Kinder und Jugendliche in das gesellschaftlich relevante Wissen einzuführen sowie Demokratiebildung zu realisieren. Für die Umsetzung dieser Aufgabe ist die Klärung der gemeinsamen und jeweiligen Aufgabe von Schule und Jugendarbeit notwendig. Um allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Möglichkeiten zu gewährleisten, wäre ein Bildungsgesamtplan hilfreich, in dem geklärt wird, welche Institution in Hamburg welche Bildungsaufgabe und an welchem Ort übernimmt.

Für die Ganztagsbildung sind zudem deutliche Verbesserungen der räumlichen Ausstattung mit Kantinen, Spiel-, Ruhe- und Werkstatträumen und eine gebührenfreie und gute Verpflegung erforderlich.

DIE LINKE fordert:

- eine Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit auf Augenhöhe als Voraussetzung der Entwicklung eines gemeinsamen emanzipatorischen Verständnisses von Ganztagsbildung
- eine gleich gute Ausstattung für beide Institutionen (Bezahlung der Fachkräfte, Räume, Materialien etc.)

8.4 Recht auf Ausbildung jetzt!

Eine gute Berufsausbildung ist von großer Bedeutung für das Berufsleben und die gesellschaftliche Teilhabe. Die SPD hat für die vor den letzten Wahlen versprochene „Ausbildungsgarantie“ nichts unternommen, vielmehr hat sich die Situation dramatisch verschlechtert. Während die Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden steigt, haben die Betriebe die Zahl der Ausbildungsplätze verringert, so dass höchstens 35 % der Schulabgängerinnen und -abgänger einen bekommen. DIE LINKE hat deshalb in die Bürgerschaft einen Antrag „Ausbildungsgarantie jetzt!“ eingebracht, der von allen anderen Parteien abgelehnt wurde. Für die dort aufgeführten Forderungen treten wir weiterhin ein

DIE LINKE fordert:

- Alle Schulabgängerinnen und -abgänger mit Mittlerem Schulabschluss haben das Recht auf eine berufliche Ausbildung mit nahtlosem Übergang. Jugendliche ohne Schulabschluss besuchen zunächst eine Ausbildungsvorbereitung und wechseln dann nahtlos in eine Berufsausbildung.
- Absolventinnen und Absolventen, die eine Ausbildungsvorbereitung absolviert haben, müssen im Zuge einer Nahtlosigkeitsregelung eine Ausbildungsgarantie bekommen. D.h. wenn sie keinen betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz gefunden haben, erhalten sie einen Platz in der Berufsqualifizierung. Der Senat muss das Angebot an außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen im Hamburger Ausbildungsmodell und im Hamburger Ausbildungsplatzprogramm entsprechend ausbauen.
- Ausbildung ist Pflicht aller Betriebe. Kommen sie dieser Pflicht nicht nach, werden Nichtausbildungsbetriebe (in Hamburg 82,7 %) zur Finanzierung der außerbetrieblichen Ausbildung im Rahmen einer länderbezogenen Ausbildungsumlage herangezogen.
- Betriebe, die ausbilden, werden von den Prüfungskosten und Kosten für die überbetriebliche Ausbildung befreit.

8.5 Kritische Wissenschaft und emanzipatorische Bildung in demokratischen Hochschulen

Die Hochschulpolitik der vorherigen Jahre ist bestimmt durch die Ideologie der „unternehmerischen Hochschule“, orientiert an kurzfristigen Verwertungsinteressen statt am Allgemeinwohl. Ein konsequenter Bruch mit dieser Politik ist notwendig: Demokratie statt Hierarchie, rationale und kooperative Entscheidungsprozesse statt Marktmechanismen und solidarisches Lernen statt restriktives Pauken. In dieser positiven Wende ist bereits Erhebliches durch außerparlamentarische Bewegung und Opposition aus den Hochschulen erreicht: Studiengebühren sind weitgehend abgeschafft, die marktorientierten Bologna-Studiengänge werden reformiert hin auf die Rückkehr zur Bildung kritischer Subjekte, milde Demokratisierungen konnten für ein neues Hochschulgesetz erkämpft werden. Noch hält der SPD-Senat jedoch handelskammerfromm fest an der neoliberalen Politik seiner Vorgänger, z. B. mit der Beharrung auf Hochschulräten mit Wirtschaftslobbyisten oder der Verschärfung leistungsideologischer Exmatrikulationsregelungen.

Dagegen kämpft DIE LINKE gemeinsam mit kritisch Aktiven aus den Hochschulen und Gewerkschaften für gesellschaftlich verantwortungsvolle Wissenschaften und die Bildung mündiger Menschen. Dies beinhaltet:

- eine erweiterte Demokratisierung der Hochschulen, u.a. in Wahlverfahren sowie durch die Abschaffung von Hochschulräten und Ziel- und Leistungsvereinbarungen,
- die Beseitigung aller Einengungen aus dem Studium, u.a. durch einen selektionsfreien Bachelor/Master-Übergang und die Abschaffung von Zwangsexmatrikulationen,
- eine Zivilklausel mit der Frieden als Leitwissenschaft anstelle der Betriebswirtschaft gilt,
- eine bedarfsdeckende staatliche Finanzierung der Hochschulen, auch, um die Wissenschaften aus der inhaltlichen Abhängigkeit von privaten Drittmittelgebern zu befreien,
- den nachfrageorientierten Ausbau der Studienplätze an allen öffentlichen Hochschulen, ihre soziale Öffnung für Menschen mit und ohne Abitur sowie eine bedarfsdeckende, elternunabhängige, staatliche Ausbildungsfinanzierung.

9 Kinder- und Jugendpolitik

Kinder und Jugendliche haben Rechte, u.a. festgehalten in der UN-Kinderrechtskonvention: das Recht auf Bildung und Ausbildung, auf Gesundheit, auf Teilhabe und Selbstbestimmung, auf freie Entfaltung, Fürsorge und Frieden. Dementgegen werden Kinder und Jugendliche in dieser Gesellschaft schon früh vorrangig unter dem Gesichtspunkt der Verwertung gesehen: in der Kita und der Schule als zukünftige Arbeitskräfte, als Konsumenten, die beworben werden, aber auch als Kostenfaktoren. Wenn sie sich dieser Logik widersetzen, gelten sie als „nicht ausbildungsfähig“, ja gefährlich. Kinder- und Jugendpolitik muss diese Logik überwinden und außerschulische, schulische und berufliche Bildung so entwickeln, dass Kinder und Jugendliche aktiv die Gesellschaft gestalten und ihre Interessen eigenständig vertreten können.

- DIE LINKE fordert in der Jugendhilfe ein viel größeres Mitsprache-, Entscheidungs- und Gestaltungsrecht für die Bezirksjugendämter und die Bezirksversammlungen, denn sie wissen am besten, wo welche Angebote benötigt werden.
- DIE LINKE setzt sich für die grundlegende Ausweitung der Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern an der Jugendhilfeplanung ein, indem sie in ihren Quartieren gemeinsam mit den Einrichtungen, Vereinen und Institutionen über die Angebote entscheiden und über auskömmlich ausgestattete, steuerlich finanzierte Budgets in rechenschaftspflichtiger Selbstverwaltung verfügen können. Insbesondere Kinder und Jugendliche müssen eigenständig gestalten und entscheiden können.
- DIE LINKE wird ein Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz erarbeiten, das die Rechte von Kindern und Jugendlichen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen sicherstellt. Kinderrechte gehören in die Landesverfassung.

Für die Zukunft der Kinder bedarf es einer guten sozialen Infrastruktur. In Hamburg gelten rund 55 Tausend Kinder als arm. Armut zeigt sich als Mangel an Bildung, Gesundheit, Mobilität, Freizeitgestaltungsmöglichkeiten und sogar als Mangel an gesunder Ernährung. Armut von Kindern ist die Armut ihrer Eltern. Deren Ursachen müssen bekämpft werden.

- DIE LINKE wird gegen jede weitere Kürzung und für einen Ausbau der sozialen Infrastruktur kämpfen. Wir unterstützen die Gründung eines Bündnisses gegen Kinder- und Jugendarmut.
- DIE LINKE fordert den beitragsfreien Zugang für alle Kinder und Jugendlichen aus Familien mit niedrigem Einkommen zu Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie zu Sportvereinen.

- DIE LINKE tritt langfristig für die Einführung einer Kindergrundsicherung und als ersten Schritt für eine Erhöhung der Kinderregelsätze um einen Pauschalbetrag für Bildung ein.
- DIE LINKE fordert die Rücknahme der jüngsten Kürzungen von rund 10% bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, in der Familienförderung und in der Jugendsozialarbeit, damit Abenteuer- und Bauspielplätze, Kinder- und Familienzentren, Jugendzentren, Kinder- und Jugendclubs, Beratungsstellen und andere außerschulische Einrichtungen erhalten bleiben und neu geschaffen werden können. Jede Einrichtung soll mindestens zwei pädagogische Vollzeitstellen haben. Tarifentwicklung und Preissteigerungen müssen vollständig ausfinanziert werden.

Die 2012 eingeführten Sozialräumlichen Hilfen und Angebote (SHA) für „besonders belastete“ Kinder und Jugendliche bzw. Familien sind in erster Linie ein Kürzungsprogramm. So wurden Einrichtungen, Projekte und Vollzeitstellen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Familienförderung und der Jugendsozialarbeit in diesen SHA-Bereich umgeschichtet, was wiederum aus dem Etat der Hilfen zur Erziehung finanziert wurde. Im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) sind die Fachkräfte wegen des Personalmangels, der erheblich gestiegenen Zahl hilfebedürftiger Kinder und Familien und wegen der umfangreichen Kontroll- und Dokumentationspflichten überlastet. Sie haben zu wenig Zeit, sich angemessen und wirkungsvoll um die Anliegen und Hilfeansprüche der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien zu kümmern. Insbesondere Berufsanfänger/ -innen werden schlecht entlohnt und sind zu Beginn ihrer Tätigkeit nicht auf die Anforderungen und Beanspruchungen vorbereitet, die auf sie zukommen.

- DIE LINKE fordert eine unabhängige Evaluierung der Sozialräumlichen Hilfen und Angebote. Bis zum Vorliegen der Ergebnisse sollten keine weiteren Einrichtungen in diesen Bereich umgesteuert werden.
- DIE LINKE fordert die Auflösung des Familieninterventionsteams (FIT) als überbezirkliches Jugendamt und die Eingliederung in die ASD Dienststellen der Bezirke,
- fordert die weitere Dezentralisierung der Aufgaben der Jugendämter hin auf mehr Präsenz in Stadtteilen und Bezirksregionen, um kurze Wege zu schaffen,
- spricht sich für den Abbau von Aufgaben der Kontrolle und Dokumentation in der Kinder- und Jugendhilfe aus zugunsten einer besseren Ausstattung der Fachinstitutionen,
- lehnt die neue Software JUS IT ab. Dieses untaugliche bürokratische Monster hat bis jetzt ca. 130 Mio. Euro gekostet und wird wenigstens weitere 120 Mio. Euro Steuergelder verschlingen. Wir verlangen die Offenlegung der Verträge der Stadt mit IBM.
- DIE LINKE unternimmt einen erneuten Anlauf, in der Bürgerschaft eine Enquete-Kommission mit unabhängigen Experten/ -innen durchzusetzen, deren Aufgabe es sein soll, die in Hamburg bestehende Kinder- und Jugendhilfe zu analysieren und Vorschläge für Verbesserungen zu entwickeln. Armut, Arbeitslosigkeit und die soziale Spaltung in den Stadtteilen sind wesentliche Faktoren für den Anstieg von gemeldeten Kindeswohlgefährdungen und müssen daher einen stärkeren Eingang in die öffentliche Debatte finden.
- DIE LINKE bekräftigt ihre Ablehnung der geschlossenen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen. Einsperren, Zwang und willkürliche Sanktionen helfen niemandem. Wir werden weiterhin im Aktionsbündnis gegen die geschlossene Unterbringung (AGU) von Kindern und Jugendlichen in geschlossenen Einrichtungen dafür eintreten, dass Kindern und Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen geholfen wird statt ihre Persönlichkeiten unwiderruflich zu brechen.
- DIE LINKE fordert die Einführung von Fallobergrenzen beim ASD. Laufen mehr Fälle auf, muss mehr Fachpersonal eingestellt werden. Freie Jugendamtsstellen müssen sofort wieder besetzt und dürfen nicht bewirtschaftet werden.
- DIE LINKE fordert, die Zahl der Erziehungsberatungsstellen und Beratungsangebote in kommunaler und freier Trägerschaft erhöhen sowie den Ausbau von Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) zu beschließen. Von letzteren gibt es seit 20 Jahren unverändert in jedem Bezirk lediglich eine Einrichtung, die durch zusätzliche Einrichtungen in ausgewählten Brennpunkten ergänzt werden müssen. Das ist völlig unzureichend!
- DIE LINKE setzt sich für Gästewohnungen für obdachlose Jugendliche und Jungerwachsene in allen Bezirken ein. Bauwagenplätze sind zu erhalten. Jugendobdachlosigkeit ist menschenunwürdig und die teuerste Art zu „wohnen“.

10 Gesundheit ist keine Ware!

Gesundheit ist ein hohes Gut der Menschen, das laut der UN-Gesundheitsorganisation (WHO) als „Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur als das Freisein von Krankheit und Gebrechen“ definiert wird. Sie ist wichtig für gesellschaftliche Teilhabe, sie ist ein Menschenrecht. Daher sind die Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung von Gesundheit wesentliche Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Aus dem Gesundheitswesen ist aber schon lange ein Gesundheitsmarkt geworden, der unter massivem Einfluss der Krankenhauskonzerne sowie der Pharma- und Medizingerätelobby zum profitablen Geschäft gemacht worden ist. So teilen Krankenhauskonzerne nicht nur die Kliniklandschaft unter sich auf, sondern dominieren durch Satellitenpraxen, Medizinische Versorgungszentren und durch Öffnung ihrer Häuser für ambulante Leistungen auch zunehmend die ambulante Versorgung. Die gesundheitliche Versorgung von Menschen muss aber grundsätzlich nach dem tatsächlichen Bedarf anstatt nach dem Profit ausgerichtet werden, um Gesundheit für alle sowie ein Altern in Würde sicherzustellen. Das ist auch entscheidend für den notwendigen massiven Ausbau von demokratischer Mitbestimmung, Kontrolle und Gestaltungsmöglichkeiten durch die Beschäftigten.

Marktmechanismen sind mit einer humanistischen Pflege und Gesundheitsversorgung nicht vereinbar. Durch die Privatisierung und Kommerzialisierung werden die Beschäftigten krank und die Patientinnen und Patienten nicht gesünder. Explodierende Fallzahlen, immer weniger und schlechter bezahltes Personal, sinkende Verweildauer, Häufung von Fehlbehandlungen sowie „blutige“ Entlassungen sind Ausdruck dieses Systems. Damit der Mensch gesund werden kann, muss er als soziales Wesen mit Interessen und Bedürfnissen ernst genommen und auf gleicher Augenhöhe angesprochen werden.

Noch immer sterben arme Menschen in Deutschland durchschnittlich zehn Jahre früher, haben geringere Gesundheitschancen und ein höheres Krankheitsrisiko als Reiche. Die Überwindung der sozial ungleich verteilten Gesundheitschancen und Krankheitsrisiken ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bedarf einer kontinuierlichen Erhebung gesundheitsrelevanter Daten nach Alter, Geschlecht sowie sozioökonomischer Merkmale bis auf die Stadtteilebene. Eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung soll Defizite aufzeigen und Ansatzpunkte zur Überwindung liefern. Dafür ist der Ausbau des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere der präventiven Maßnahmen für Kinder- und Jugendliche, eine grundlegende Voraussetzung.

DIE LINKE Hamburg tritt für eine fundamentale Umkehr im Gesundheitswesen ein, die

- am menschlichen Bedarf orientiert ist,
- für alle kostenlos zugänglich ist,
- solidarisch und ausreichend öffentlich finanziert wird,
- demokratisch und sozial kontrolliert wird und
- eine ausreichende Bezahlung und gesetzliche Mindestpersonalbemessung garantiert.

Daher kämpft DIE LINKE für:

- Die Rekommunalisierung der privatisierten Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in Hamburg
- das Recht auf kostenfreie, optimale gesundheitliche Versorgung für jeden Menschen, unabhängig von der Herkunft oder seinem Aufenthaltsstatus,
- die Überwindung des Ärztemangels in den finanziell schwächeren Stadtteilen durch kleinräumige medizinische Bedarfsplanung,
- den nachhaltigen Ausbau der Prävention, welche die sozialen Ursachen von Erkrankung, im Arbeitsleben oder durch Erwerbslosigkeit, berücksichtigt
- den am realen Bedarf bemessenen Ausbau des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, der „Frühen Hilfen“, der Hygiene in Krankenhäusern, des Infektionsschutzes, der Suchthilfe, der HIV-Prävention und entsprechender Informationskampagnen sowie die legalisierte und kontrollierte Abgabe von Drogen an Patientinnen und Patienten
- die zügige Novellierung des Rettungsdienstgesetzes und eine bessere finanzielle Ausstattung der Feuerwehr bzw. des Rettungsdienstes – vollständig in öffentlicher Hand,
- die Abschaffung der Igel-Leistungen bzw. deren Kostenübernahme durch die Krankenkassen (z. B. Augeninnendruckmessung, Zahnreinigung oder frühzeitige Krebsvorsorgeuntersuchungen).
- eine solidarische Bürgerinnen- und Bürger-Versicherung statt des Zwei-Klassen-Systems,
- die Abschaffung des Fallkostenpauschalen-Systems,

- eine bessere Personalausstattung im Gesundheits- und Pflegebereich, eine Verbesserung der Bezahlung sowie eine Aus- und Weiterbildung nach humanistischen Grundsätzen.

11 Unsere natürlichen Lebensgrundlagen verteidigen – für einen sozial-ökologischen Umbau

Der neoliberale Kapitalismus zerstört für kurzfristige Profite gleichermaßen die sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen. Zuerst und am stärksten leiden in Hamburg und weltweit die Armen unter den Folgen von Klimawandel, Zerstörung der Artenvielfalt, gesundheitsschädlichen Emissionen (Schwermetalle, Feinstaub, Lärm ...). Ein grundlegender sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft ist erforderlich, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. An Stelle immer rabiaterer Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der Menschen müssen soziale Sicherheit, gleiche Teilhabe und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen (Klima, Bodenfruchtbarkeit, Wasser) durch Schonung der Ressourcen und Beachtung der ökologischen Grenzen treten.

11.1 Klimaschutz

Im Klimaschutz hat sich der Senat vom verbindlichen Ziel verabschiedet, die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 bis 2020 um 40% zu verringern. Die unzureichenden Gelder für den Klimaschutz wurden halbiert. Weiterhin setzt er auf unverbindliche Vereinbarungen statt auf ordnungsrechtliche Maßnahmen. Im Masterplan Klimaschutz versucht er das Ansteigen der CO₂-Emissionen mit statistischen Tricks zu kaschieren.

Die LINKE fordert:

- Das Klimaschutzziel „40% Reduktion bis 2020 gegenüber 1990“ muss wieder verbindlich werden.
- Der Masterplan Klimaschutz muss nach dem Volksentscheid neu geschrieben werden, mit verbindlichen Zielen, Zwischenzielen, Zielkontrollen und Nachsteuerungen. Eine entsprechende finanzielle und personelle Ausstattung der BSU muss gewährleistet werden.
- In der Bereichen Energieversorgung, Verkehr und Senkung des Wärmebedarfs durch energetische Sanierung muss der Senat endlich wirksame Maßnahmen ergreifen.

11.2 Vollständige Umsetzung des Energienetze-Volksentscheids durchsetzen

Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus ist eine konsequente Energiewende, die den raschen Umstieg auf erneuerbare Energien mit einer drastischen Senkung des Verbrauchs und einer vielfach größeren Energieeffizienz verbindet. Der erfolgreiche Volksentscheid für die Überführung der Energienetze in die öffentliche Hand hat die Voraussetzungen für eine Energiewende in Hamburg deutlich verbessert. Dieser Erfolg gegen neoliberale Privatisierungspolitik wurde von einem breiten außerparlamentarischen Bündnis erzielt, das von der LINKEN tatkräftig unterstützt wurde. Der SPD-Senat, der den Volksentscheid zusammen mit CDU, FDP, Handelskammer, Unternehmensverbänden, Medien usw. vehement bekämpft hatte, hat sich verbal zur Umsetzung des Volksentscheides bekannt. Eine Übernahme des Stromnetzes kann inzwischen als gesichert gelten – ein großer Erfolg der Vielen gegen die Energiekonzerne und ihre politischen Helfershelferinnen und -helfer. Doch: über die Übernahme des Fernwärmenetzes von Vattenfall will der Senat trotz des Volksentscheides erst 2018/19 entscheiden. Und ernsthafte Vorschläge für die Umsetzung der zweiten Satzes - „Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratischen kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien“ - lassen bis heute auf sich warten.

Die LINKE fordert:

- Der Senat muss in verbindlicher Form verpflichtet werden, die Fernwärmeversorgung am 1.1.2019 zu übernehmen.
- Der Senat muss umgehend die Erarbeitung eines differenzierten Wärmebedarfsplans für Hamburg veranlassen. Auf dieser Grundlage muss als Alternative zum geplanten neuen Kraftwerk in Wedel eine dezentrale Wärmeversorgung entwickelt werden, die einen zügigen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger einschließt.
- Die sozial gerechte und klimaverträgliche Energieversorgung aus erneuerbaren Energien – und nicht die Abführung von Gewinnen an den Haushalt – muss als verbindliches Ziel für das öffentliche Energienetzeunternehmen festgelegt werden. Demokratische Kontrolle durch die Bürgerschaft und durch ein direkt-demokratisch gewähltes Gremium setzt Transparenz und eine Gesellschaftsform wie etwa eine AÖR (Anstalt öffentlichen Rechts) voraus.

- Das Kohlekraftwerk Moorburg darf nicht ans Netz gehen! Es ist für die Stromversorgung Hamburgs völlig überflüssig, würde aber jedes Jahr 9 Mio. t CO₂ emittieren.
- Eine Senkung des Energieverbrauchs im Wärmebereich durch eine deutliche Beschleunigung der energetischen Gebäudesanierung, die nicht zu Lasten der Mieterinnen und Mieter gehen darf.
- Die gesamte Energieversorgung den Energiekonzernen abzunehmen und zu dezentralisieren, also in die Hand von Kommunen oder Energiegenossenschaften zu legen.

11.3 Atomare Bedrohung beenden – AKWs sofort stilllegen!

Vor den Toren Hamburgs läuft weiterhin das AKW Brokdorf und gefährdet die Sicherheit von Millionen Menschen. Ein Unfall mit Freisetzung großer Mengen Radioaktivität wäre für Hamburg eine nicht beherrschbare Katastrophe. Das AKW muss deshalb sofort und endgültig stillgelegt werden. Die abgeschalteten AKWs rund um Hamburg sind ebenfalls endgültig stillzulegen.

Keine weiteren Atomtransporte!

Jedes Jahr werden Hunderte Tonnen Kernbrennstoffe im Hafen umgeschlagen. Mehr als 140 Atomtransporte in 2013, bereits 80 bis Anfang Mai 2014 gefährden die Hamburger Bevölkerung. Per LKW rollten 3 t Mischoxid durch Hamburg nach Brokdorf, am 1. Mai brannte der Frachter „Atlantic Cartier“ mit tonnenweise radioaktiven Stoffen und Munition an Bord. Ca. 70% der Atomtransporte über Hamburg sind Schiffstransporte, viele davon mit Brennelementen und mit Uranhexafluorid. Durchschnittlich jeden zweiten Tag gefährden hoch toxische und radioaktive Güter auf ihrem Weg durch Hamburg die Bevölkerung. Allein von Februar bis Mai 2014 gab es bei den Atomtransporten 17 sicherheitsrelevante Mängel.

Der Forderung der LINKEN, den Hafen für Atomtransporte zu sperren, lehnten in der Bürgerschaft alle Fraktionen außer den Grünen ab. Die Profitsicherung für die Atomkonzerne ist ihnen immer noch wichtiger als die Sicherheit der Bevölkerung.

Die Atomtransporte durch den Hafen, über Straßen und Schienen Hamburgs müssen ein Ende haben! Dafür werden wir zusammen mit der Anti Atombewegung auch weiterhin eintreten!

11.4 Kein Fracking in Hamburg und auch nicht anderswo!

Fracking ist ein hoch riskantes Verfahren, bei dem Millionen Liter Wasser versetzt mit z.T. hochgiftigen und gesundheitsschädlichen Chemikalien in tiefe Gesteinsschichten gepresst werden um Gas und Öl zu fördern. Die Folgen, toxische und radioaktive Verunreinigungen des Trink- und Oberflächenwassers durch das mit zurückgeführte Wasser, sind vielerorts zu besichtigen. Zudem drohen Erdbeben.

Für das sogenannte Aufsuchungsgebiet Vierlande, einschließlich großer Teile der Wohngebiete von Bergedorf, über Wilhelmsburg bis Harburg sowie Naturschutz- und Wasserschutzgebiete hat die Wirtschaftsbehörde (BWVI) gegen den Einspruch der Umweltbehörde (BSU) die bergrechtliche Erlaubnis für die Aufsuchung von Erdöl und Erdgas erteilt. Damit besteht die große Gefahr, dass 2016 Probebohrungen beginnen, und wenn Erdgas oder Erdöl entdeckt werden, können laut Bergrecht sogar Enteignungen zur Realität werden.

11.5 Elbvertiefung

Der Senat plant immer noch die 9. Vertiefung der Elbe und damit die Zerstörung auch der Reste einer einzigartigen Flusslandschaft. Das entspricht dem Profitinteresse von Reedereien und Unternehmen, die die Elbe aus baggern wollen, aber es bedroht die Lebensinteressen der großen Mehrheit an einer intakten Umwelt und sicherem Hochwasserschutz. Die behaupteten wirtschaftlichen Vorteile einer weiteren Elbvertiefung stehen in keinem Verhältnis zu den ökologischen Folgen und den wachsenden Gefahren für die Deichsicherheit. **Wir lehnen jede weitere Elbvertiefung ab.**

11.6 Hamburg Gentechnikfrei

DIE LINKE setzt sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein. Die Agrogentechnik ist mit hohen gesundheitlichen, ökologischen, ökonomischen und sozialen Risiken verbunden. Der behauptete Nutzen für die Landwirtschaft ist längst durch die katastrophalen Erfahrungen in anderen Ländern - wie z.B. Kanada und Indien - widerlegt. Die Agrogentechnik kann weder den Pestizideinsatz verringern noch das Welternährungsproblem lösen. Sie dient alleine der Profitmehrung der großen Lebensmittelkonzerne und der Verdrängung kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe. Eine Koexistenz von Gentech-Anbau und biologischem oder konventionellem Anbau ist nicht möglich. Sind Gen-Pflanzen erst einmal freigesetzt, können sie nicht mehr zurückgeholt werden.

Die nachhaltige und umweltschonende Erzeugung von gesunden Nahrungs- und Futtermitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen ist nur mit gentechnikfreier Landwirtschaft möglich. Die Agrogentechnik ist eine Risikotechnologie.

DIE LINKE tritt ein für das Verbot gentechnischer Produktion von Lebens- und Futtermitteln. Und unterstützt die Einrichtung von gentechnikfreien Zonen und die Schaffung von Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften für gentechnikfreie Produktion - aus konventioneller oder biologischer Landwirtschaft. Die Nulltoleranz bei Saatgut muss beibehalten werden.

Wir fordern kurzfristig:

- eine rechtsverbindliche gentechnikfreie Metropolregion Hamburg.
- eine Stärkung des ökologischen Landbaus.
- eine gentechnikfreie Landwirtschaft und eine lückenlose und gut sichtbare Kennzeichnungspflicht für Produkte, die gentechnisch veränderte Zutaten enthalten.
- In öffentlichen Kantinen, Schulen und Kitas sollen nur gentechnikfreie Lebensmittel angeboten werden.

11.7 Natur- und Tierschutz

Naturschutz

DIE LINKE unterstützt die Sicherung von 15% der Stadtfläche um ein zusammenhängendes Netz von Biotopen zu errichten. Wir fordern deswegen, dass der Biotopverbund nicht nur die Naturschutzgebiete einbezieht, sondern auch geeigneten Kern- und Verbindungsflächen sowie Verbindungselemente. Wenn im Konflikt zwischen Natur und Markt immer der Markt gewinnt, wird es in der Konsequenz keine Grundlagen für einen Natur und Artenschutz mehr geben.

Eine wesentliche Ursache für das Artensterben ist die ungebremste Versiegelung von Grün- und Freiflächen. DIE LINKE fordert eine deutliche Verringerung des Flächenverbrauchs, eine Strategie der Innenverdichtung und die Umnutzung von bestehenden Gebäuden. Das „Bauen auf der grünen Wiese“ muss die Ausnahme sein.

Für Eingriffe in die Natur muss Ausgleich geschaffen werden, Natur muss an anderer Stelle wiederhergestellt oder durch gleichwertige Biotope ersetzt werden. Dabei gibt es in Hamburg große Defizite. DIE LINKE fordert, dass Ausgleich zeitnah und eingriffsnah stattfinden soll.

Für viele Naturschutzgebiete liegen keine oder veraltete Pflege- und Entwicklungspläne vor. Außerdem fehlen Managementpläne für Natura 2000-Gebiete. DIE LINKE begrüßt das Projekt „Das grüne Band“ und sieht eine mögliche Ausweitung auf weitere Bereiche innerhalb der Freien und Hansestadt Hamburg positiv. DIE LINKE fordert, dass die Naturschutzverwaltung in Hamburg personell und finanziell aufgestockt wird. In diesem Zusammenhang soll auch die Forschung in Schutzgebieten verbessert werden.

Städtische Parkflächen dienen der Erholung der Stadtbevölkerung und stellen einen wertvollen Lebensraum für Pflanzen und Tiere dar. Die Pflege und Entwicklung der öffentlichen Grünanlagen sowie der Bäume auf öffentlichem Grund und Straßenbäume muss stärker an ökologischen Grundsätzen ausgerichtet werden.

In Hamburg werden seit Jahren mehr Straßen- und Parkbäume gefällt als gepflanzt. DIE LINKE fordert, dass an den Straßen und in den Parks mehr Bäume gepflanzt als gefällt werden. Alte und damit in der Regel große Bäume müssen nach Möglichkeit erhalten werden, denn ein neu gepflanzter Baum braucht Jahrzehnte, bis er zu einem Ersatz für einen alten gefällten Baum wird.

Nur 5,5 Prozent der Landesfläche Hamburgs sind bewaldet. Mit einer Waldfläche von 26 m² pro Einwohner gehört Hamburg neben Bremen zu den waldärmsten Bundesländern. In einer Großstadt wie Hamburg haben Wälder in erster Linie wichtige sozial-ökologische Funktionen. DIE LINKE fordert daher, die Zuständigkeit für die Hamburger Wälder bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt liegt und nicht bei der Behörde für Wirtschaft und Arbeit. Zudem fordern wir, dass das Landeswaldgesetz nach ökologischen Standards novelliert und das Landesjagdgesetz orientiert an der naturnahen Waldwirtschaft reformiert werden sollen. Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie ist in Hamburg bisher nicht ausreichend umgesetzt. Hamburg muss mehr für den Gewässerschutz tun.

Tierschutz

DIE LINKE setzt sich für tiergerechte und ethisch vertretbare Tierhaltung ein, und Tierschutz geht für uns einher mit einem umfassenden Umwelt- und Naturschutz.

Wir wollen eine Medizin ohne Tierversuche. Zehntausende Tiere sterben jedes Jahr für die pharmazeutische Industrie, obwohl das schon lange nicht mehr nötig ist. Gleiches gilt für die Tiere, die zu Ausbildungszwecken von angehenden Medizinerinnen oder Medizinern getötet werden.

Wir setzen uns in Hamburg im Tierschutz für die kommenden Jahre folgende Schwerpunkte:

- Wir werden überprüfen, inwieweit der Hamburger Tierschutzverein, der Aufgaben des Staates im Tierschutz übernimmt, Erhöhungen seiner Zuwendungen benötigt.
- Wir fordern ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände auf Basis eines Anfechtungsrechts, weil nur so Tiere vor Missbrauch, Misshandlungen und willkürlichen Tötungen effektiv geschützt werden können.
- Wir setzen uns dafür ein, dass in Hamburg keine Zirkusse mehr gastieren, die Tiere präsentieren und Tierdressuren in Zirkussen nicht mehr erlaubt sind.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass z.B. Kosmetik-Unternehmen keine Waren mehr produzieren, handeln oder anbieten, die mit Tierversuchen entwickelt wurden.
- Wir werden für die Abschaffung des Tierhaltungsverbots in SAGA GWG-Wohnungen werben.
- Wir setzen uns für die Novellierung des derzeit repressivsten aller Hundegesetze Deutschlands, das Hamburgische Hundegesetz, ein. Die Rasselisten gehören endlich abgeschafft. Halterinnen und Halter von Hunden sollen einen Eignungsnachweis erbringen.

12 Mobilität und Verkehr: umweltfreundlich und sozial

Arbeits- oder Ausbildungsplatz, Schule, Universität, Behörden, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitangebote, Parks - nur die wenigsten Menschen finden all das in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Deshalb müssen Hamburgerinnen und Hamburger mobil sein und sich von Ort A zum Ort B bewegen können. Die LINKE sieht in der Mobilität eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. DIE LINKE steht dafür, dieses Mobilitätsbedürfnis umweltfreundlich und sozial zu befriedigen. Unser Ziel ist, so viel Verkehr wie möglich auf Bahn, Bus, Rad und Fuß umzulenken und so wenig wie nötig mit dem Auto und LKW abzuwickeln. Dafür ist eine enge Vernetzung und Integration der Stadtentwicklung und der Verkehrsplanung dringend notwendig.

Das neoliberale Spardiktat und die Schuldenbremse haben dazu geführt, dass Schienen, Straßen und Brücken vernachlässigt wurden und nun marode sind. Die Schlaglöcher sind sinnfälliger Ausdruck dieser kopflosen, wenngleich gewollten Politik. Busse und Bahnen sind überfüllt, die HVV-Preise gehören zu den teuersten im Öffentlichen Personennahverkehr der Republik – so wird Mobilität zum Ärgernis. Dabei bietet gerade eine Großstadt wie Hamburg sehr gute Möglichkeiten, den Autoverkehr zu reduzieren und gleichzeitig alternative Mobilitätsangebote zu machen.

DIE LINKE fordert den **Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)**:

- Mehr Bus- und Bahnstrecken (dazu gehören z.B. der Neubau bzw. Ausbau von S 32 Harburg-Altona, S 4 Hamburg-Ahrensburg-Bad Oldesloe, Elektrifizierung AKN/S 21 Eidelstedt-Kaltenkirchen)
- Bahnanbindung für Stadtteile wie z.B. Osdorfer Born/Lurup und Steilshoop/Bramfeld
- Einführung einer Stadtbahn für Hamburg
- gebührenfreie P&R-Plätze
- Busse und Bahnen fahren zukünftig so häufig, dass dicht gedrängtes Stehen der Fahrgäste der Vergangenheit angehört.
- Maßnahmen zur Stärkung des ÖPNV dürfen nicht wie beim Busbeschleunigungsprogramm des Senats als Deckmäntelchen zum Ausbau des Straßenverkehrs dienen
- Barrierefreiheit im Öffentlichen Personennahverkehr wird zur Selbstverständlichkeit.

Mit dem neoliberalen Dogma, wonach der ÖPNV gewinnbringend zu sein habe, muss gebrochen werden – der HVV muss vielmehr allgemeinwohlorientiert sein. Mittlerweile steigen die HVV-Preise jährlich, kein Wunder das dadurch auch der sogenannte Kostendeckungsgrad steigt. Wenn das so weiter geht, werden die Kundinnen und Kunden in einigen Jahren den HVV zu 100% selbst finanzieren. DIE LINKE will den Fahrgästen nicht weiter ins Portemonnaie greifen, sie sollen für ihr umweltfreundliches Verhalten nicht bestraft werden. Von den Autofahrerinnen und -fahrern verlangt auch niemand, dass sie 80% und mehr der Kosten des Straßenverkehrs zahlen sollten. Die Folgekosten des Autoverkehrs, die die Allgemeinheit bezahlen muss, sind eh enorm. Eine 2010 herausgegebene Studie von BUND Hamburg, Diakonie Hamburg und Zukunftsrat Hamburg hat festgestellt, dass jede Hamburgerin und jeder Hamburger – vom Kleinkind bis zum Hochbetagten – 630,- € pro Nase hierfür aufbringen muss. Mit diesem Geld lässt sich umweltfreundliche Fortbewegung gut finanzieren.

DIE LINKE fordert: **Zugang für alle zum Öffentlichen Personennahverkehr**

- Sofortige Senkung der HVV-Preise statt einer jährlichen Erhöhung.

- Echte Sozialtickets für Menschen mit wenig Einkommen
- Mittelfristige Einführung eines BürgerInnen-Ticket mit einer unentgeltlichen Nutzung des HVV
- Keine Privatisierung oder Auslagerung von Teilen der DB oder des HVV

DIE LINKE lehnt die großen Straßenbauprojekte wie Verlegung und Ausbau der Wilhelmsburger Reichsstraße zu einer autobahnähnlichen Straße, den Bau der Hafenuferspange und den Ausbau der Autobahnen ab. Bei der A 7 werden die Überdeckung großer Abschnitte dieser Bundesautobahn und damit die Zurückgewinnung von Lebensqualität für mehrere Stadtteile nur zum Preis des achtspurigen Ausbaus gewährt.

Der **Straßenverkehr** muss auf die Schiene verlagert werden, vor allem der Güterverkehr. Lkw sind besonders im Stadtverkehr gefährlich, verstopfen die Straßen und beeinträchtigen Anwohner und Umwelt. Ein einziger Lkw belastet Straßen und Brücken wie 60.000 Pkw.

Die LINKE

- wendet sich gegen die von der Bundesregierung geplante Einführung sogenannter Mega-Lkw, das sind 25 Meter lange und 60 Tonnen schwere Ungetüme,
- lehnt die Einführung von City- und Pkw-Maut strikt ab, weil dadurch die soziale Schere weiter auseinanderklaffen würde und Menschen aus sozialen Gründen von der Mobilität ausgeschlossen würden.

Der Slogan der „Freien Fahrt für freie Bürger“ gehört aufgrund der Gefährdung von Mensch und Umwelt in die Mülltonne der Geschichte. Eine Umverteilung ist auch im Straßenraum erforderlich: es gibt nicht nur den motorisierten Verkehr, sondern auch **Fuß- und Radverkehr**, der bisher an den Rand gedrängt wurde. Die Förderung der Elektromobilität stellt keinen positiven Beitrag zur Umverteilung dar, denn sie setzt nicht auf eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs, sondern nur auf eine andere Antriebsart. Der Flächenverbrauch für Straße und Parkplätze wird nicht reduziert.

In Hamburg kann mit dem Umstieg vom Auto auf das Fahrrad nicht nur etwas für die persönliche Gesundheit, sondern auch für die Umwelt getan werden. Ein Großteil der Wege in Hamburg, die mit dem Auto zurückgelegt werden, sind weniger als fünf Kilometer lang. Das ist eine optimale Entfernung zur Nutzung des Fahrrades.

DIE LINKE fordert:

- Hamburg wird zur fahrradgerechten Stadt. Kopenhagen oder Amsterdam machen bereits vor, wie das geht.
- Radfahren auf der Straße wird zum Standard. Ausreichend breite Radstreifen sorgen für die Sicherheit. Eine öffentlichkeitswirksame Kampagne unterstützt das Radfahren auf der Straße.
- Zu-Fuß-Gehen ist ein wichtiger Teil der Mobilität, deshalb werden attraktive Verbindungen in und zwischen den Stadtteilen geschaffen.
- Tempo 30 wird zur Regelgeschwindigkeit. Dadurch werden die Lärm- und Luftbelastung durch den motorisierten Verkehr reduziert und die Sicherheit auf den Straßen deutlich erhöht. Ausnahmen für höhere Geschwindigkeiten auf einzelnen Straßenabschnitten können beantragt werden. Autobahnen sind wie bisher von der Regelgeschwindigkeit ausgenommen.

Auf Hamburgs Straßen kommen jährlich rund 10.000 Menschen bei einem Unfall zu Schaden. Ursächlich ist meist rücksichtsloses Verhalten wie Raserei oder eine schlechte Infrastruktur, die Opfer sind vor allem Kinder und ältere Menschen. Jeder Unfalltote ist einer zu viel.

Die LINKE fordert zur **Verbesserung der Verkehrssicherheit** neben der Geschwindigkeitsreduzierung:

- die Durchführung von Aufklärungs- und Informationskampagnen für mehr Rücksicht und Fairness im Straßenverkehr,
- die Wiedereinführung bzw. Ausbau des Verkehrsunterrichts,
- die Abschaffung der sichtbehindernden und ablenkenden Werbetafeln an den Straßen

Hamburg hat eine Besonderheit: mitten in seinem Stadtgebiet liegt ein großer Flughafen. Entsprechend groß ist die Fluglärmbelastung für viele Hamburgerinnen und Hamburger.

DIE LINKE fordert

- weiterhin ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.
- Auf Bundesebene müssen Vergünstigungen für den Flugverkehr, wie die fehlende Besteuerung des Flugbenzins und die Mehrwertsteuerbefreiung von Auslandsflügen, abgeschafft werden.

13 Kultur und Medien für alle

Kommerz, vermeintliche Attraktivität durch große Events und Kürzungen zulasten von Beschäftigten und Bürgerinnen und Bürgern, die eine vielfältige und demokratische Medien- und Kulturlandschaft nutzen wollen, prägen die Hamburger Kulturpolitik. Dem stellt DIE LINKE ihr Engagement für „Kultur und Medien für alle“ entgegen: Zugänglich für alle ohne soziale und kulturelle Barrieren, demokratisch kontrolliert, orientiert an relevanten gesellschaftlichen Themen, zum Selber(mit)machen, von unten unterstützt und mit auskömmlichen Löhnen für Medien- und Kulturschaffende.

Gute Arbeitsplätze – auch in den Medien und im Kulturbereich: Im Kultur- und Medienbereich verschlechtern sich die realen Arbeitsbedingungen zusehends: Die negative Einkommensentwicklung und die mangelnde soziale Sicherung von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern, Journalistinnen und Journalisten sind ebenso besorgniserregend, wie die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen an den großen Kulturinstitutionen.

Die seit 2012 verfassungsmäßig verankerte Schuldenbremse und der deshalb gedeckelte Tarifkostenausgleich von 0 bis 1,5 Prozent, bringen sämtliche Kulturinstitutionen über kurz oder lang in größte Bedrängnis und treiben sie dadurch in die Tariffucht. Zu unseren zentralen Forderungen gehört der **vollständige Tarifkostenausgleich bei sämtlichen öffentlich geförderten Kultureinrichtungen**. Der wachsende Druck auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist schon lange nicht mehr hinnehmbar. Die Medienwirtschaft ist gekennzeichnet von Standortverlagerung, Tariffucht und prekären Arbeitsplätzen. Herhalten muss dafür regelmäßig die Mär von der Zeitungskrise. Dabei ist es vorwiegend ruinöser Wettbewerb, der das Aus für viele Zeitungen verursachte. Gewerkschaften und Belegschaften werden auf diese Art seit vielen Jahren u.a. mit Standortverlagerungen erpresst. Wir kritisieren scharf, dass die Zeitungszustellerinnen und -zusteller vom gesetzlichen Mindestlohn ab 1. Januar 2015 ausgenommen wurden. Die SPD ist mit ihrer Medienholding DDVG eine der größten Zeitungsverlegerinnen und hat sich somit selbst in die Tasche gewirtschaftet. **Wir werden direkt nach den Bürgerschaftswahlen von Hamburg aus eine neue Initiative starten, die den Mindestlohn für alle fordert. Wir fordern unabhängigen Journalismus für gutes Geld und ein Ende des Praktika-Unwesens.**

13.1 Kultur für alle – Basiskultur stärken!

2011 hat Olaf Scholz angekündigt der „Kultur die Wertschätzung entgegenzubringen, die sie verdient.“ Aber anstatt die Chance auf eine Neuausrichtung der Kulturpolitik zu ergreifen, hat sich der Bürgermeister für eine konturlose Kulturpolitik ohne jegliche Vision entschieden. In kulturpolitischer Einfältigkeit setzt die SPD in der Tradition der Vorgängersenate weiterhin auf die gezielte touristische Vermarktung kultureller „Leuchttürme“ und lässt die kulturelle Basis im Schatten verwelken. So ist die aktuelle Lage ernüchternd: Den allermeisten Kultureinrichtungen geht es heute schlechter als damals. Der Kulturhaushalt der „Kulturmetropole Hamburg“ liegt bei traurigen zwei Prozent des Gesamthaushalts. Die LINKE ist gegen "Event"förderung und "Leuchtturmprojekte" wie die Elbphilharmonie.

DIE LINKE fordert den Hamburger Kulturetat signifikant anzuheben. Nur so kann der anhaltenden, strukturellen Unterfinanzierung begegnet werden. Nur so lässt sich die kulturelle Infrastruktur Hamburg erhalten und ausbauen.

Für die ganz großen Häuser, die es schaffen ordentlich Druck zu machen, findet die Kulturpolitik zwischendurch immer wieder „maßgeschneiderte“ Finanzierungslösungen. Aber was ist mit der Stadtteilkultur, den Geschichtswerkstätten, den Bürgerhäusern und Community Centern, der Kinder- und Jugendkultur, den kulturellen Bildungseinrichtungen, den Interkulturinitiativen und freien Kulturräumen? Diese **Basiskultur** wird nicht gepflegt sondern ausgetrocknet! Hier werden keine Tarifsteigerungen ausgeglichen, keine zusätzlichen Kulturtaxenmittel ausgeschüttet und keine Mittelerhöhung in Aussicht gestellt. Noch immer kommt hier die jahrelange Deckelung der Kulturmittel bei real steigenden Kosten einer 25-prozentigen Kürzung gleich. Was hier an der Tagesordnung ist, sind Personalabbau, unbezahlte Überstunden, Abend-, Nacht- und Wochenendarbeit, die völlige Überbeanspruchung des Ehrenamts und die permanente Selbstausschöpfung. Dabei gilt für uns: Basiskultur ist ein Medium der Aufklärung. Wer mündige BürgerInnen will, die den Mut haben, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen, der muss die Stadtteilkultur fördern! Jeder in die Basiskultur fließende Euro ist gut investiert, in Demokratie, Bildung und Teilhabe! Kulturläden und Bürgerhäuser sind Zentren der kulturellen Teilhabe, der Allgemeinbildung und der BürgerInnenbeteiligung. Geschichtswerkstätten halten die Stadtteilgeschichte lebendig und sorgen für historisches Verständnis auch neuer Einwohnerinnen und Einwohner zu ihrem Wohngebiet. Geschichtsbewusstsein schützt vor rechten Rattenfängern! Die kleinen Theater machen ein gutes Angebot auch für diejenigen, die aus sozialen oder kulturellen Schranken vor dem Besuch der kulturellen „Leuchttürme“ zurückscheuen.

Es wird Zeit, dass sich die Kulturpolitik bewusst der Basiskultur zuwendet, sie öffentlich würdigt und sich zu einem politischen Handlungsfeld Basiskultur bekennt. DIE LINKE fordert deshalb ein **'Strukturprogramm Basiskultur'**, das gemeinsam mit den basiskulturellen Akteuren und Akteurinnen entwickelt werden muss: Eine deutliche Erhöhung der Haushaltsmittel, die in die basiskulturellen Bereiche fließen.

- Erhöhung der institutionellen Förderung der Stadtteilkulturzentren und der Geschichtswerkstätten bedarfsgerecht und entsprechend der Tarif- und Kostensteigerungen.
- der Gebäudebestand muss gesichert werden durch ein Sanierungsprogramm Soziokultur.
- Im Bereich der Kinder- und Jugendkultur braucht es zudem auch konkrete behördenübergreifende Handlungsansätze, um die Zusammenarbeit von Kultur und Schule gezielt zu verbessern und die bestehenden Kooperationsprogramme zu verstetigen.
- Wir treten ein für die Unterstützung der freien und selbst organisierten Kulturräume und -initiativen durch eine unbürokratische, kostenneutrale Bereitstellung entsprechender Flächen und Räume.

Auch mit der Zweiklassenkulturpolitik muss endlich Schluss sein. Es ist blamabel, wie hier seit Jahren einigen Kultureinrichtungen und -bereichen mit dem Etikett „attraktivitätssteigernd“ eine verstärkte Förderungswürdigkeit zugesprochen wird und andere leer ausgehen. Besonders deutlich wird das anhand der Kulturtaxe: Von den zusätzlichen Mitteln profitieren nur die, „die geeignet sind, die Attraktivität Hamburgs auf nationaler und internationaler Ebene zu stärken und zusätzliche Besucher zu gewinnen.“ DIE LINKE fordert deshalb mit Nachdruck: **Die Einnahmen aus der „Kultur- und Tourismustaxe“ müssen zu 100 Prozent der Kultur zugutekommen, und die Vergabep Praxis neu ausgerichtet werden.** Zu dieser Neuausrichtung gehört auch die Aufstockung des Elbkulturfonds auf mindestens 2 Mio. EUR sowie die Einrichtung eines „Fonds Basiskultur“.

Wir fordern die systematische **interkulturelle Öffnung** der staatlich geförderten Institutionen durch ein Handlungskonzept, um der kulturellen Vielfalt unserer Gesellschaft besser gerecht zu werden; sowohl in Bezug auf den Zugang und die Teilhabe als auch bei der Personalpolitik.

Für die kulturelle Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Alter, sozialen oder kulturellen Hintergründen, wird viel zu wenig getan. Um einen niedrigschwelligen Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen, schlagen wir den **freien Eintritt in historischen Museen** als ersten Schritt vor.

13.2 Medien

Das Mediennutzungsverhalten der Menschen ändert sich kontinuierlich und offenbar immer schneller. Die Medien werden zunehmend miteinander verzahnt. Fernsehen, Radio, Internet, Print werden durch mobile Plattformen zunehmend parallel konsumiert. Es bedarf großer gesellschaftlicher Anstrengungen, dass die Bedürfnisse nach Medien nicht dem reinen Kommerz unterworfen sind und die persönlichen Daten geschützt bleiben. Nur Menschen, die medienkompetent sind, haben die Chance, sich gegen die Übermacht der Werbeindustrie, aber gegen Spitzeleien von Verfassungsschutz und anderen Geheimdiensten zur Wehr zu setzen.

Der Förderung der Medienkompetenz misst DIE LINKE. Hamburg eine große Bedeutung zu – und zwar nicht nur bei Kindern, sondern nach den spezifischen Bedarfen für alle Altersgruppen, Geschlechter, Milieus und Schichten. Das derzeitige Rahmenkonzept des Senats ist geschlechterblind und sieht zudem keine Evaluation der verschiedenen Angebote vor. Wir fordern eine entsprechende Neubewertung und -ausrichtung der verschiedenen Angebote, wie sie Menschen erreichen, was sie bewirken und welche für die Zukunft erforderlich sind.

Für eine offene Medienpolitik. Denn diese findet in Hamburg im Hinterzimmer des Bürgermeisters statt. Die Bürgerschaft wird seit Jahren nur pro forma bei der Änderung von Rundfunk- und Medienstaatsverträge beteiligt. Wir fordern, dass Bürgerschaft und Bevölkerung reale Möglichkeiten erhalten, ihre Meinung zu sagen und Einfluss nehmen zu können. Auch der Lokalfunk und der Bürger und Bürgerinnensender TIDE müssen gesichert bleiben.

DIE LINKE Hamburg setzt sich ein für einen **starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk**, der die Grundversorgung an Information, Unterhaltung und Bildung für die gesamte Bevölkerung mit ihren unterschiedlichen Interessen und Bedarfen garantiert und der durch Aufklärung und Information zur Bildung mündiger Bürger beiträgt sowie Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit befördert. Er unterliegt im Gegensatz zu den Privaten einer demokratischen Kontrolle. Diese muss erhalten und ausgebaut werden.

Der Rundfunkbeitrag ist unsozial und gehört abgeschafft. Wir wollen eine sozial gerechte Finanzierung des öffentlich rechtlichen Rundfunks. Wer ein geringes Einkommen hat, gehört davon befreit und zwar ohne umständliche Antragsstellung. Die anderen Parteien lehnen unsere Initiativen nach einer Neubewertung der

Rundfunkgebühren ab. Wir werden auch in der neuen Bürgerschaft Initiativen ergreifen, dass der Staatsvertrag nach sozialen Maßstäben gefasst wird.

Kontrolle auch für die Privaten: Es kann nicht sein, dass private Medienanbieter fast machen können, was sie wollen. Das nackte Schielen nach Quote reduziert den Medienkonsum zur reinen Warenbeziehung. Das widerspricht unserem Kulturverständnis zutiefst. Wir fordern daher eine Instanz, zum Beispiel demokratisch legitimierte Beiräte, die Programmangebote von privaten Anbietern nach ethischen Gesichtspunkten überwachen. Die Medienanstalt HSH muss gestärkt werden.

Hamburg.de in die öffentliche Hand: Hamburg.de wird namhaft vom Springer-Konzern beeinflusst und als Werbeplattform und Drehtür zu den eigenen Angeboten missbraucht. Hamburg muss die Anteile von Springer erwerben. Nur dann ist hamburg.de als Stadtportal in der Lage, unabhängige und demokratisch legitimierte Angebote sicherzustellen.

Keine Steuergelder für die Eliteausbildung: Die Hamburg Media School wird mit einer sechsstelligen Summe aus Steuermitteln bezuschusst. Wir lehnen die Unterstützung dieser Eliteausbildung, die zudem nur mit hohen Studiengebühren überleben kann, ab. Projekte, die eine unabhängige Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten ermöglichen (z.B. NRW) müssen auf ihre Machbarkeit in Hamburg überprüft werden.

14 Seniorinnen und Senioren

In Hamburg leben etwa 350.000 Menschen im Alter ab 65 Jahre, das sind mehr als 19 Prozent der Hamburger Bevölkerung. Der Anteil an Migrantinnen und Migranten unter den Älteren ist in Hamburg mit 15 % höher als in Deutschland (11 %) insgesamt. Selbstbestimmung und Selbstständigkeit bis ins hohe Alter sind wichtige Ziele für eine solidarische Gesellschaft und für die älteren Menschen selbst. Gesundheit, Bildungsstand, Herkunft, Einkommensverhältnisse und berufliche Erfahrungen sind wesentliche Aspekte, die das Leben im Alter beeinflussen.

Krankheitsrisiken steigen mit zunehmendem Alter. Armutsgefährdete Personen haben ein höheres Krankheitsrisiko. Die Altersarmut liegt in Hamburg bei 6,2 Prozent. Etwa 21.000 Rentnerinnen und Rentner müssen ihre Rente aufstocken und erhalten Grundsicherung im Alter. Damit liegt Hamburg mit Bremen und Berlin an der Spitze. Die tatsächliche Armutsquote soll einer Studie zufolge erheblich höher sein als die Inanspruchnahme von Grundsicherung. Besonders armutsgefährdet sind Singlehaushalte und Migrantinnen und Migranten.

Gegen Altersarmut – Rentenniveau anheben: Mit der kapitalgedeckten Riesterrente verdienen Banken und Versicherungen. Das heutige Rentenniveau von 49 Prozent wird bis 2030 auf 43 Prozent abgesenkt. Langzeitarbeitslose erhalten aktuell pro Jahr 2,09 Euro für die Rente angerechnet. Eine Minijobberin oder ein Minijobber hat pro Jahr einen Rentenanspruch von 3,11 Euro. Mit diesen Rentenansprüchen und dem sich ausweitenden Niedriglohnsektor wird bundesweit Altersarmut programmiert. Mit der Deregulierung des Arbeitsmarktes steigt der Anteil befristeter Arbeitsverträge (an Hochschulen z. Zt. 84 Prozent), es steigen Leiharbeit und die Anzahl der Werkverträge.

Die Rente mit 67 lehnt DIE LINKE ab. Derzeit schafft die überwiegende Mehrheit der Menschen nicht einmal die Regelaltersgrenze von 65 Jahren. Im Juni 2012 hatten von den 64-jährigen gerade noch 14,2 Prozent eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Nach einer Erhebung des DGB hat fast jede und jeder zweite Deutsche Angst vor Altersarmut. Und diese Angst ist berechtigt. Deswegen wollen wir das Rentenniveau auf 53 Prozent anzuheben.

DIE LINKE fordert:

- Um der Vereinsamung allein Lebender entgegenzuwirken, ist die Vernetzung vorhandener Strukturen von Seniorinnen- und Seniorenorganisationen und -verbänden, -treffpunkten sowie -beiräten in den Bezirken notwendig. Die Hamburger Pflegestützpunkte sind in die Vernetzung einzubeziehen.
- Die Seniorinnen und Seniorenbeiräte in den Bezirken sind allseitig in ihrer Arbeit zu unterstützen und entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.
- Notwendig sind regelmäßige und – auch – unangekündigte Kontrollen der Heimaufsicht. Dabei ist öffentliche Transparenz der Qualitätsergebnisse der Pflegeheime zu gewährleisten.
- Über das Entlassungsmanagement und die Sozialarbeit in Krankenhäusern ist breiter in der Bevölkerung aufzuklären.
- Zu einer altersgerechten und familienfreundlichen städtischen Infrastruktur gehören Ruheinseln (z. B. Sitzbänke), ein Netz öffentlicher Toiletten, ausreichend Wegebeleuchtung, abgesenkte Bordsteine und ein barrierefreier öffentlicher Nahverkehr.

Arbeit, Einkommen und Vermögen müssen umverteilt werden, um eine Lebensstandard- und nicht nur Existenz- sichernde Rente zu ermöglichen.

- In Hamburg muss auf dem Weg zum Nulltarif ein Sozialticket her, das nicht teurer ist als 15,- Euro im Monat und ohne zeitliche Einschränkung gilt. Die jetzige Handhabung stellt eine Form der Diskriminierung dar.
- In Abstimmung mit dem Landesseniorenbeirat ist eine einheitliche preiswerte „Kulturkarte“ für Theater, Museen etc. für Hamburg anzubieten, um sozialkulturelle Teilhabe im Alter allen Menschen zu ermöglichen.
- Neue und bezahlbare Wohnkonzepte z. B. Wohngruppen für alters- und behindertengerechtes Wohnen müssen integrierter Bestandteil des Hamburger Wohnungsbauprogramms sein. Ambulante Pflegedienste und Hauswirtschaftliche Dienstleistungen sollen integrierter Bestandteil bezahlbarer Wohnkonzepte sein.
- Hamburg braucht mehr und gut ausgebildetes Pflegepersonal für Heime und ambulante Dienstleister unter Berücksichtigung multimorbider erkrankter Pflegebedürftiger und der Zunahme von dementiell Erkrankten. Die Pflegeversicherung ist deshalb finanziell besser auszustatten und zu einer sozialen Pflegeversicherung zu entwickeln, in die alle solidarisch einzahlen.

Die Verbesserung der städtischen Infrastruktur hin zu einer familienfreundlichen Stadt, die allen Altersgruppen, behinderten und nicht behinderten Menschen, gerecht wird muss entschiedener vorangetrieben werden. Dazu muss der Senat die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

15 UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen – verbindlich, messbar, jetzt sofort!

Die Vereinten Nationen haben in ihrer Behindertenrechtskonvention als verbindliches Ziel festgehalten, "den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. Zwar hat die BRD die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben und Hamburg 2012 ihre Umsetzung in einem umfangreichen Landesaktionsplan festgelegt. Doch Lippenbekenntnisse sind noch keine verwirklichten Menschenrechte! Behinderte Menschen berichten, wie gravierend sie nach wie vor in vielen Bereichen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind. Von Barrierefreiheit, ob auf dem Arbeitsmarkt oder in den Köpfen, kann noch nicht die Rede sein.

Auch auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE für ein Bundesteilhabegesetz ein, das bedarfsgerechte Leistungen unabhängig von Einkommen und Vermögen gewährt. Hier unterstützen wir die Forderungen der Betroffenenverbände, die schließlich Expertinnen oder Experten ihrer eigenen Situation sind.

Die LINKE in Hamburg fordert:

- **Diskriminierung rechtlich ahnden:** das Recht auf „angemessene Vorkehrungen“, die Teilhabe behinderter Menschen ermöglichen, soll im Hamburgischen Gleichstellungsgesetz verankert werden. Das bedeutet, dass mangelnde Vorkehrungen, sowohl von staatlicher als auch von privater Seite, als Diskriminierung benannt und verfolgt werden kann.
- **Ausgleichsabgabe erhöhen:** Für Betriebe, die die Beschäftigungspflicht für behinderte Menschen (Quote von 5% der Arbeitsplätze) nicht einhalten, existiert eine Ausgleichsabgabe. Diese zeigt jedoch kaum Wirkung. Daher streiten wir dafür, dass sich kein Arbeitgeber und keine Arbeitgeberin mehr von seiner / ihrer Pflicht freikaufen kann.
- **Mehr reguläre Arbeitsplätze:** Noch viel zu viele Menschen mit Behinderung sind von Arbeitslosigkeit betroffen bzw. werden in zum Teil in Werkstätten für Behinderte abgeschoben. Der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt muss gefördert und erleichtert werden. In einer inklusiven Gesellschaft müssen die Arbeitsplätze den Bedürfnissen der Beschäftigten angepasst werden. Die **Arbeitsbedingungen in den Werkstätten** für behinderte Menschen müssen verbessert werden – auch hier muss der Tariflohn gelten.
- **Zugang zur Gesundheitsversorgung:** Der Zugang zur ambulanten medizinischen Versorgung ist für Menschen mit Behinderungen oder psychischer Erkrankung durch vielfältige Barrieren gekennzeichnet: Generell muss sich das Gesundheitssystem inklusiv öffnen, jede Art von Hürden – seien es Treppen oder fehlende Gebärdensprachdolmetscher – abgebaut werden!
- **Selbstbestimmtes Wohnen – daheim statt im Heim:** Viele Menschen mit Behinderungen können ihren Wohnort und ihre Wohnform nicht frei wählen. Vielfach müssen sie deshalb gegen ihren erklärten Willen in stationären Einrichtungen leben. Hier erhalten sie ihre notwendigen Assistenz- und Unterstützungsleistungen sowie pflegerische Leistungen in der Regel kostengünstiger.

Noch viel zu viele behinderte Menschen werden stationär untergebracht. Dabei ist die Steigerung der Lebensqualität durch Dezentralisierung und Ambulantisierung des (betreuten) Wohnens unumstritten. Auf diese Bedürfnisse muss mit der Umsetzung von neuen Wohnformen reagiert werden – das erfordert auch andere Wohnungsbaukonzepte.

16 Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern – Gegen Homo- und Transphobie

Obwohl Hamburg als weltoffene und tolerante Metropole gilt, sind Ausgrenzung, Diskriminierungen, Beleidigungen und auch Gewalt immer noch bittere Realität für Schwule, Lesben, Transgender und Intersexuelle (Queers). Noch viel zu viele Menschen können in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen.

Die LINKE in Hamburg steht ohne jede Einschränkung für die Öffnung der traditionellen Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften. Der Einsatz für Akzeptanz, Vielfalt und Gleichberechtigung muss auch in Hamburg eine hohe Priorität haben, auch und gerade im Rahmen bestehender Städtepartnerschaften.

Nach Jahrzehnten des Kampfes für Emanzipation gehen die ersten Generationen offen lebender Lesben und Schwuler in Rente und haben einen Anspruch auf Achtung und Respekt auch in Betreuung und Pflege. Die vielfältigen Initiativen freier Träger in diesem Bereich wollen wir unterstützen und weitere ermöglichen. Auch die Aids-Prävention und Integration von HIV-positiven Menschen wollen wir weiter stärken. Insbesondere die Communitys von Migrantinnen und Migranten und das Thema "Homosexualität im Sport" müssen besser in die Akzeptanzarbeit einbezogen werden.

Hamburg braucht eine Stärkung und Ausbau der Einrichtungen, die gegen Diskriminierung jeder Form gerichtet sind. Sie müssen vor allem die Vielschichtigkeit von Diskriminierungen aufzeigen und zu deren Abbau beigetragen. Dazu zählen die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, die Diskriminierung Älterer, von Menschen mit Behinderungen, von Migrantinnen und Migranten, von Frauen und Queers. Das Allgemeine Antidiskriminierungsgesetz auf Bundesebene bietet dafür einen Rahmen. Doch es hat sich erwiesen, dass es nicht ausreicht.

DIE LINKE streitet deshalb dafür, auf **Landesebene ein ergänzendes Landes-Antidiskriminierungsgesetz** zu erlassen. Das soll zum Beispiel auch die Diskriminierung aufgrund des sozialen Status erfassen. Wir wollen die Geltung von Antidiskriminierungsmaßnahmen auf öffentliche Güter und Dienstleistungen, allgemeine Verwaltungsverfahren, Bildung, Gesundheit und Soziales ausweiten und einen wirksameren Rechtsschutz über eine verbesserte Beteiligung, Auskunftsrechte und Klagebefugnis von Verbänden/Personalräten verankern. Wir wollen positive Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung verstärken und die Antidiskriminierungsgesetzgebung noch besser mit anderen chancengleichheits- oder teilhabeorientierten Gesetzen wie dem Hamburger Gleichstellungsgesetz, dem Hamburgische Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen oder der UN-Behindertenrechtskonvention verknüpfen.

Trans*Menschen müssen teilweise hohe soziale und finanzielle Belastungen auf sich nehmen, um ihr Geschlecht an ihre Identität angleichen zu können. Hierfür benötigen sie soziale Unterstützung, soweit sie nötig ist.

Die LINKE setzt sich für eine **»Initiative sexuelle Vielfalt«** ein. Damit können quer durch die verschiedenen Politikfelder Fort- und Weiterbildungen von Beschäftigten an Schulen, in Betrieben und in der Verwaltung organisiert werden.

Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung Verfolgung ausgesetzt sind, brauchen einen sicheren Aufenthaltsstatus in Hamburg. Sie dürfen nicht abgeschoben werden.

Nicht hinnehmbar ist die zunehmende Gewalt gegen queere Menschen in Hamburg. Die LINKE steht für eine aktive Präventions- und Aufklärungsarbeit. Hierzu gehört auch die Verstärkung der Bildungsarbeit zu dem Thema Gewalt gegen Gewalt gegen Queers bei der Hamburger Polizei.

17 Sport für alle – Für die Förderung einer sozialen Bewegungskultur statt Olympiawahn

Die Situation des Schul- und Breitensports in Hamburg ist mehr als unbefriedigend. Hauptziel der Hamburger Sportpolitik muss sein, beste Rahmenbedingungen für kostenloses oder zumindest kostengünstiges Sporttreiben für die gesamte Bevölkerung zu gewährleisten. DIE LINKE fordert deshalb:

- die Erhöhung der Pauschalförderung für den Hamburger Sportbund, die Verbände und Vereine auf 12 Mio. Euro pro Jahr

- den Ausbau der Sportstätten- und Schwimmhalleninfrastruktur insbesondere in benachteiligten Quartieren und Stadtteilen
- weiterhin die entgeltfreie Nutzung aller öffentlichen (Schul-)Turnhallen, Sportplätze und Schwimmhallen durch gemeinnützige Vereine und den organisatorisch ungebundenen Freizeitsport
- die Aufnahme des Sports als Staatsziel in die Hamburgische Verfassung

Vor allem sozial benachteiligte Menschen brauchen umfassende Förderung, um ihren Bewegungs- und Sportbedürfnissen nachgehen zu können. Hierzu gehören unverzichtbar geschlechtsspezifische Angebote. Notwendig sind:

- die Sanierung der staatlichen und vereinseigenen Sportstätten vor allem in benachteiligten Vierteln. Insgesamt müssen für die Sanierung maroder Sportstätten und notwendige Neubauten deutlich mehr Investitionen getätigt werden, um insbesondere Anlagen behindertengerecht umzugestalten
- Gezielte Sportförderprogramme für Kinder und Jugendliche vor allem in den benachteiligten Stadtteilen sowie die volle Kostenübernahme der Ausrüstungs- und Vereinsbeiträge für benachteiligte Kinder und Jugendliche
- Übernahme der Vereinsbeiträge für alle Sport treibenden Erwerbslosen, Einkommensarmen und ihre Kinder durch die öffentliche Hand
- Ausweitungen der Förderprogramme für behinderte und von Behinderung bedrohte Bürgerinnen und Bürger sowie für Seniorinnen und Senioren und gesundheitlich eingeschränkte Teile der Bevölkerung.

DIE LINKE lehnt die Privatisierung von öffentlichen Sportanlagen ab. Stattdessen tritt DIE LINKE ein für

- Erhalt, Pflege und Betrieb öffentlicher Sportstätten in städtischer Verantwortung
- Systematische Schaffung der Voraussetzungen für die tägliche Sportstunde. Unzufriedenheit herrscht bei Vereinen und Sporttreibenden über die oft viel zu bürokratische Vergabe von Hallen- und Platzzeiten.
- Schaffung und Erweiterung der computergestützten Vergabe sämtlicher Sportanlagen und Schwimmbäder
- Allgemeine Öffnung der Schulsportplätze bis in die Abendstunden
- Schaffung neuer Stellen für Platzwartinnen und -warte, Hausmeister und Hausmeisterinnen.
- Regelmäßige Konsultation der Sportverbände durch Politik und Sportamt

DIE LINKE spricht sich weiterhin gegen den Bau einer Doppelrennbahn in Horn aus. Stattdessen soll das Gelände als Parkgelände und Biotop erhalten bleiben.

DIE LINKE sieht darüber hinaus Bedarf, die Fankultur über alle Sportarten hinweg zu fördern. Die Zusammenarbeit mit Fanclubs und –zusammenschlüssen muss weiter ausgebaut und Förderprogramme gegen Rechtsextremismus und Homophobie aktiv gefördert werden.

17.1 NOlympia in Hamburg

Senat, Handelskammer und HSB verbreiten derzeit mit viel Aufwand in der Stadt, dass Hamburg bescheidene, ökologische und sozialverträgliche Spiele ausrichten könnte. Dabei unterstellen Sie substantielle Reformen des IOC. Beides hält DIE LINKE für Wunschdenken.

Vielmehr befürchten wir: Die Folgen einer Ausrichtung Olympischer Spiele 2024 und 2028 wären enorme Kosten, weitere soziale Spaltung und Umweltschäden. Die Spiele würden Hamburg über Jahrzehnte belasten. Hauptprofiteur der Olympischen Spiele ist erster Linie die korrupte olympische Familie selbst (IOC, NOKs, OKs etc.). Es schöpft die profitabelsten Bereiche ab und delegiert mit rechtlich fragwürdigen Vertragsinhalten sämtliche Kosten und Risiken an die öffentliche Hand. Daneben profitieren zahlreiche Unternehmen und die Finanzwirtschaft von den Spielen. Die Exklusivität der mit dem IOC kooperierenden Unternehmen verzerrt dabei sogar den Wettbewerb zulasten regionaler kleinerer und mittlerer Unternehmen. Volkswirtschaftliche Vorteile durch die Ausrichtung der Spiele sind nur marginal. Es ist längst belegt, dass die Spiele weder Beschäftigung noch Einkommen steigern lassen
Olympische Spiele der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass

- die Austragung fast immer einen negativen Effekt auf die Haushaltslage der Städte hatte. Teilweise konnten die öffentlichen Schulden in Milliardenhöhe erst Jahrzehnte später getilgt werden.
- die tatsächlichen Kosten in allen Fällen bei weitem die kalkulierten Kosten überstiegen. Teilweise gibt es Abweichungen von bis zu 1400 Prozent, wie im Fall der Spiele in Montreal 1976.
- mit der Austragung der Spiele die Verdrängung besonders von Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen aus angestammten Wohnverhältnissen einhergeht.

- Olympische Spiele zu einer Zunahme von Umweltbelastungen, u.a. durch erhöhtes Verkehrsaufkommen, führen.
- kaum breitenportliche Wirkungen erzielt werden.

Handelskammer und Wirtschaftslobby üben weiterhin Druck auf Politik und Gesellschaft aus, um die Bewerbung und Austragung der Spiele zu erzwingen. Die Bevölkerung, darf, sollte es nach den Befürwortern gehen, nur noch abnicken. DIE LINKE fordert daher ein verbindliches Referendum und höchstmögliche Transparenz.

Vor diesem Hintergrund lehnt DIE LINKE jeden Versuch ab, eine Bewerbung für die Olympischen Spiele 2024 und 2028 zu rechtfertigen. Hamburg braucht breitenportliche Investitionen in Sportinfrastruktur und Programme zur Beteiligung aller Bevölkerungsschichten und kein einmaliges Event, dass zulasten Hamburgs geht. „16 Tage feiern – 16 Jahre zahlen“ kann und darf nicht das Motto für die sportliche Zukunft Hamburgs sein.

18 100% Demokratie.

Grundvoraussetzung einer demokratischen Gesellschaft ist, dass soziale, ökonomische und politische Verhältnisse geschaffen werden, die allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und Lebensweise die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen ermöglicht. DIE LINKE in Hamburg setzt sich für die Stärkung der sozialen und politischen Grundrechte, der Beteiligungsrechte der Menschen in dieser Stadt und der Selbstverwaltungsstrukturen ein.

Das Engagement der Bevölkerung in Bürgerinitiativen, Verbänden, Gewerkschaften, Parteien aber auch bei außerparlamentarischen Aktionen und Demonstrationen – nicht nur für unmittelbar eigene Interessen – gehören für uns unverzichtbar zu einer sozialen Demokratie. DIE LINKE, ihre Mitglieder und ihre Abgeordnete werden sich in diesem Bereich immer verlässlich engagieren, wenn es um das Erkämpfen bzw. die Sicherung sozialer und demokratischer Rechte geht. Das heißt für uns auch: Demokratie darf nicht am Werkstor enden.

18.1 Für mehr Beteiligung der Menschen in dieser Stadt sowie starke Bezirke in Hamburg

Die soziale Demokratie des 21. Jahrhunderts erfordert ein neues Verständnis und Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Einwohnerinnen und Einwohnern.

Die Beteiligung der Bevölkerung und neue Formen der selbstorganisierten Gestaltung der Stadt haben in den vergangenen Jahren einen enormen Auftrieb erfahren. DIE LINKE steht diesen Entwicklungen außerordentlich positiv gegenüber, spiegelt sich darin doch der Anspruch der Menschen, die Stadt und ihre Quartiere nicht mehr denen „da oben“ zu überlassen, sondern die Dinge „da unten“ zunehmend selbst in die Hand zu ihren Wahlen alle fünf Jahre und einer rückläufigen Beteiligung muss durch plebiszitäre und partizipative Elemente ergänzt werden. DIE LINKE will die Demokratie beleben indem sie Menschen dazu ermuntert, sich solidarisch für Frieden, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu engagieren und zu organisieren.

Wir unterstützen daher alle Ansätze, die dazu dienen, die Mitwirkungs-, Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten und –rechte der Bevölkerung, ihrer Vereine und Initiativen – der Zivilgesellschaft also – auszubauen. Und wir wenden uns zugleich gegen eine vorgegaukelte Beteiligung, die auf der Ebene von Informationsvermittlung und wirkungslosen „Dialogveranstaltungen“ stehen bleibt. Diese Beteiligungsfalle hat bei vielen engagierten Menschen zu Frustration und Wut geführt, weil die SPD-geführten Bezirksämter und Senat dann letztlich doch gemacht haben, was sie immer vorhatten. Von einer Beteiligung der Menschen auf Augenhöhe ist in dieser Stadt nichts zu spüren.

DIE LINKE setzt sich daher für folgende Forderungen ein – und steht damit erst am Anfang einer noch zu entwickelnden sozialen Demokratie, die es im Verbund mit den Menschen vor Ort zu entwickeln gilt:

- Die Zuständigkeiten der sieben Hamburger Bezirke und der Bezirksversammlungen müssen nachhaltig gestärkt werden. Wir brauchen wie in Berlin eigene Bezirkshaushalte, mit denen wichtige Aufgaben in den Bezirken finanziert werden können. Dies schafft die Freie und Hansestadt Hamburg als Einheitsgemeinde nicht ab, entschärft nur nachhaltig den in Hamburg üblichen Zentralismus, der dazu führt, dass Hamburgs Bezirke mit jeweils Hunderttausenden Bewohnerinnen und Bewohnern weniger Rechte haben als jede Kreisstadt in der Fläche.
- Neben den kommunalen Pflichtaufgaben und der Absicherung der sozialen, verkehrlichen und kulturellen Infrastruktur muss ein Anteil des jeweiligen Bezirksetats als „Bürgerinnen- und Bürgerhaushalt“ wie im Bezirk Berlin-Lichtenberg ausgewiesen werden. Dies ist eine Summe, über die die Menschen in dieser Stadt mittels geeigneter, noch zu entwickelnder Formen und Gremien selbst und direkt entscheiden können. Allerdings sieht DIE LINKE als Voraussetzung dafür die

Abschaffung der „Schuldenbremse“ an, damit den Menschen in den Bezirken und Stadtteilen nicht die „Verwaltung des Mangels“ zugeschoben wird, sondern sie das Allgemeinwohl souverän verwirklichen können.

- Die öffentlichen Unternehmen der Stadt müssen demokratisiert werden. Einwohnerinnen und Einwohner in Stadtteilen und Bezirken müssen die Kontrolle ausüben, wie z.B. beim Stadtwerk von Sacramento mit Wahlen der Geschäftsführung und Grundsatzentscheiden der Bevölkerung über die Unternehmenspolitik.
- Die vom SPD-Senat eingeführten „Stadtwerkstätten“ zu zentralen Aspekten der Stadtentwicklung sind eine gute Sache, bleiben aber eine Angelegenheit von Profis und Großkopferten. Wir wollen dieses Modell durch „Stadtteilwerkstätten“ bzw. Stadtteilversammlungen ergänzen, auf denen die Menschen vor Ort über ihre Vorstellungen diskutieren und Pläne für ihre Umgebung schmieden können.
- Wir brauchen eine Verstärkung und Ausweitung der Stadtteil- und Quartiersbeiräte, die auf unterster Ebene die institutionalisierte Mitwirkung der Menschen vor Ort darstellen. Für diese Beiräte muss auf Hamburger Ebene ein eigener, auskömmlicher Etatposten geschaffen werden, Beiräte sind im Bezirksverwaltungsgesetz als eine neue Säule der Metropolen- und Stadtteildemokratie zu verankern und mit selbstverwalteten Verfügungsfonds auszustatten.
- Weitere an die Bezirke zu übertragende Rechte müssen sein:
 - die Verfügungsgewalt über öffentliche Flächen und Immobilien,
 - die Einleitung und Aufstellung von Bebauungsplanverfahren ohne die derzeit in der sog. Grobabstimmung erforderliche Zulassung durch die Fachbehörden des Senats,
 - die Abschaffung des Senatsvorrechts, sog. Vorbehaltsgebiete einzurichten, die den Bezirken die Planungshoheit vollständig entziehen
 - sowie die Verbindlichmachung von Bürgerentscheiden, die sich auf bezirkliche Regelungen beziehen.
- Ausschüsse der Bezirke – auch die Bauausschüsse – sollen grundsätzlich öffentlich tagen, das Transparenzgesetz ist auf alle Bereiche der öffentlichen Hand anzuwenden (z.B. auch auf die Sprinkenhof AG), horrenden Kosten für die Einholung von Informationen auf der Basis des Transparenzgesetzes lehnen wir ab.
- Bürger- und Volksentscheide sind ein wichtiges Mittel, um zentrale Fragen und Entwicklungen unserer Stadt von ihren Bewohnerinnen und Bewohnern beschließen zu lassen.
- Metropolen- und Stadtteildemokratie sind keine festgefügte, endgültig festzulegende Struktur. Vielmehr gilt es, diese permanent zu überprüfen, mit Leben zu erfüllen und zu verändern. Politik und Verwaltung sind für die Menschen da, nicht umgekehrt. Politik und Verwaltung müssen sich daher eine andere Philosophie zu Eigen machen, in der der Dialog und das Ernstnehmen der Menschen einen neuen Stellenwert bekommen.
- DIE LINKE setzt sich für die Einführung eines Wahlrechts für alle dauerhaft in Hamburg lebenden Menschen ein

18.2 Grundrechte stärken! – Polizei demokratisieren

Repression löst soziale Probleme nicht. Die Polizei darf nicht als Nothelfer einer verfehlten Sozialpolitik missbraucht werden. Sie kann weder soziale Probleme lösen noch intakte soziale Infrastrukturen in der Stadt ersetzen.

DIE LINKE vertritt das Leitbild einer transparenten und bürgernahen Großstadtpolizei. Deshalb setzen wir uns ein für die Demokratisierung der Polizei und für eine Polizeireform, die die Rechte der Bevölkerung gegenüber der Polizei stärkt. Wir kämpfen weiter für die individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten auch bei Einsätzen in geschlossenen Einheiten und für eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle mit Ermittlungsbefugnissen. Polizeiliches Handeln muss demokratischer Kontrolle unterliegen.

Wir wollen die polizeilichen Befugnisse im Rahmen des Gefahrenabwehrrechts, die seit Langem ausufern und die Grundrechte immer stärker einschränken, entschieden zurückführen. Die Ermächtigung, Gefahrengebiete zu errichten und Grundrechte verdachtsunabhängig außer Kraft zu setzen, muss aus dem Polizeirecht gestrichen, die bestehenden Gefahrengebiete müssen aufgelöst werden. Es ist ein politischer Skandal, dass dieser "Nachlass" des rechtspopulistischen Innensenators Schill immer noch Gesetz in Hamburg ist. Inhaltsüberwachung der Telekommunikation, Wohnraumüberwachung, Online-Durchsuchungen,

Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung und andere unkontrollierte Überwachungsinstrumente lehnen wir ab: Sie müssen zurückgebaut, der Datenschutz gestärkt werden.

Auch in Hamburg machen Menschen die Erfahrung von Personenkontrollen und Identitätsfeststellungen, die allein oder wesentlich auf Kriterien wie der zugeschriebenen ethnischen Zugehörigkeit oder „Hautfarbe“ einer Person basieren. Ein solches „racial profiling“ verstößt gegen das Verbot rassistischer Diskriminierung und muss beendet werden.

Das durch den Kalten Krieg geprägte, restriktive Versammlungsrecht muss dringend reformiert, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gestärkt werden. Stattdessen bereitet die Innenbehörde ein neues Gesetz vor, das die Eingriffskompetenzen und Kontrollmöglichkeiten der Polizei noch ausbaut. Angesichts der Hamburger Erfahrungen setzt sich DIE LINKE vor allem dafür ein, dass die Befugnisse der Polizei, Versammlungen und Demonstrationen zu verbieten, aufzulösen oder durch Auflagen zu beschränken, deutlich beschnitten werden.

18.3 Rechtsstaatlichkeit und Resozialisierung fördern

DIE LINKE tritt für die konsequente Durchsetzung des Gewaltenteilungsprinzips und der Demokratisierung der Justiz ein. Wir wollen die Unabhängigkeit der Justiz – der Gerichte und der Staatsanwaltschaften – in Hamburg nach europäischen Standards ausbauen.

Das Vertrauen in die Regeln einer demokratischen Gesellschaft lebt davon, dass diese Regeln für alle gelten, unabhängig vom Einkommen und vom gesellschaftlichen Status. Das ist, wie nicht nur der Fall der Fall der Vorstände der HSH-Nordbank zeigt, in der Realität oft nicht der Fall. Straftaten, die im Bereich Wirtschaftskriminalität angesiedelt sind und der Gesellschaft meist riesigen Schaden zufügen, werden häufig nicht ausreichend gerichtlich aufgeklärt, auch, weil die zuständigen Abteilungen der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaften sowie die zuständigen Gerichten zu schwach ausgestattet sind. Zu schwach ausgestattet sind auch die Sozialgerichte, die mit einem seit Jahren andauernden Anstieg von Klagen die Folgen rechts- und sozialpolitischer Fehlentscheidungen zu tragen haben. Die Betroffenen zahlen mit überlangen Verfahrensdauern, die in der Regel zu akuten Notlagen führen. Damit auch die Benachteiligten ihr Recht bekommen und die Bessergestellten nicht billig davonkommen, fordert DIE LINKE die ausreichende personelle und sachliche Ausstattung der Gerichte.

Zum Ziel der Wiedereingliederung von Menschen, die straffällig geworden sind, in die Gesellschaft gibt es keine vernünftige Alternative. Die erfolgreiche Resozialisierung ist zugleich der beste Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität. Debatten um Kriminalität und ihre Bekämpfung werden immer dann geführt, wenn gewaltvolle Straftaten oder Sexualdelikte – medienträchtig aufbereitet – die Bevölkerung hochschrecken lassen und nach mehr Sicherheitsmaßnahmen im Vollzug und härteren Strafen gerufen wird. Doch diese auf Abschreckung und Bestrafung setzenden Reaktionen dämpfen Kriminalität nicht ein.

Die Resozialisierung, eine auf Mündigkeit der Person zielende Eingliederung in die Gesellschaft und somit auch die Reduzierung der Rückfallwahrscheinlichkeit werden damit nicht erreicht. Vielmehr bedarf es der sozialen und therapeutischen Beratung, Behandlung und Integration und das vom ersten Tag der Inhaftierung bis nach der Entlassung aus der Haft.

Mittelkürzungen, Kosteneinsparungen, Personalabbau und hohe Krankenstände des Vollzugspersonals lassen die reale Resozialisierung jedoch mehr und mehr zu einer scheinbar-vollzugsrechtfertigenden Theorie verkommen. Die Praxis sieht sich einem zunehmenden Verwahrvollzug gegenüber, der Resozialisierung im eigentlichen Sinne nicht leisten kann. Freie Träger der Sozialen Arbeit kämpfen ums Überleben, die staatliche Straffälligen-Hilfe unterliegt ebenfalls der Schuldenbremse. Das muss beendet werden!

- Ausrichtung der Haftbedingungen an einem sozialverträglichen Behandlungsvollzug statt Bevormundung und „Erziehung“ zur Unselbstständigkeit. Ausbau und Verstetigung von Programmen zur Resozialisierung von Gefangenen und haftentlassenen Menschen. Ausbau des offenen Vollzuges hin zur Regelvollzugsform und den Einsatz von ausreichend Personal, sowohl Sicherheitsbedienstete als auch Behandlungspersonal, in den Anstalten
- Ausreichend Arbeitsplätze für die Gefangenen in allen Vollzugsformen, wobei die angebotene Arbeit, an den Arbeitsmarkt in Freiheit angepasst, sinnvolle und menschenwürdige Tätigkeiten umfassen soll. Vom zukünftigen Senat fordern wir, sich auf Bundesebene für die tarifliche Bezahlung von Gefangenen und insbesondere für ihre Einbeziehung in die Renten-, Pflege- und Krankenversicherung einzusetzen.
- Sinnvolle und identitätsstiftende Freizeitangebote, sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die es den Gefangenen ermöglichen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und auf dem Arbeitsmarkt in Freiheit bestehen zu können

18.4 Für die Verwirklichung des säkularen Staats

Das Grundrecht der Religionsfreiheit (Grundgesetz Artikel 4) beinhaltet gleichermaßen das Recht, eine Religion haben und ausüben zu können, wie jenes, keine Religion zu haben und in keiner Weise an religiösen Handlungen teilhaben zu müssen. Zusammen mit dem Grundrecht der Meinungsfreiheit ist dies eine Errungenschaft zur Verwirklichung demokratischer Teilhabe.

Teil dieser Errungenschaft ist die Trennung von Kirche und Staat, weil Religion Privatangelegenheit ist. Insbesondere darf keine Religion bevorzugt werden.

Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus: Der Staat sammelt für die Kirchen Beiträge ein. Große Teile sozialer Daseinsvorsorge z.B. in Pflege und Gesundheit werden von kirchlichen Trägern organisiert, die jedoch mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Von Kindertagesstätten in kirchlicher Trägerschaft über Schulen mit Religionsunterricht bis zu konfessionell gebundener Theologie an den Hochschulen nehmen die Kirchen staatlich finanziert erheblichen Einfluss in der Bildung. Dem steht gegenüber, dass über die Hälfte der Hamburger Bevölkerung konfessionslos ist.

Aufgrund von Konkordaten und Kirchenverträgen zahlen sämtlichen Kirchen in Deutschland keine Einkommensteuer und keine Körperschafts-, Vermögens-, Erbschafts-, Schenkungs-, Gewerbe-, Grund-, Grunderwerbs-, Umsatz-, Zinsabschlags- oder Kapitalertragssteuer. So summieren sich die staatlichen Subventionen an die beiden großen Kirchen auf jährlich über 15 Milliarden Euro. Hier ist dringender politischer Handlungsbedarf geboten!

Die LINKE setzt sich daher dafür ein, dass die Trennung von Staat und Kirche nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch verwirklicht wird.

Die LINKE fordert:

- Die Abschaffung des Religionsunterrichts zu Gunsten eines Faches, in dem verschiedener Kulturen und Weltanschauungen sowie Begründungen von Moralvorstellungen kennengelernt und kritische reflektiert werden.
- Die Ersetzung der konfessionell gebundenen theologischen Institute an den Hochschulen durch Religionswissenschaften.
- Keine religiöse Diskriminierung bei Einstellung in sog. Tendenzbetrieben (u.a. kirchliche Einrichtungen) und die klare Zurückweisung von Entlassungen wegen Nonkonformität zum Moralkodex kirchlicher Arbeitgeberin bzw. Arbeitgebers (z.B. Wiederverheiratete, Homosexuelle)
- Streikrecht und die Möglichkeit zur Gründung von Personal- bzw. Betriebsräten auch in kirchlichen Betrieben.
- Die Abschaffung der Kirchenaustrittsgebühr, welche aktuell bei 31,00 Euro liegt
- Den Ausstieg aus den Staatsverträgen mit den Religionsgemeinschaften.

18.5 Drogenpolitik neu denken: Aufklärung und Hilfe statt Strafe

Die LINKE Hamburg setzt sich für eine gesundheitsorientierte Drogenpolitik ein. Daher stehen alle Maßnahmen der Prävention von Drogenabhängigkeit im Vordergrund unserer Bemühungen. Wir wollen die Entkriminalisierung der Konsumentinnen und Konsumenten vorantreiben, um so einen effektiven Jugend-, Gesundheits- und Verbraucherschutz zu ermöglichen. Verbote halten niemanden davon ab Alkohol, Haschisch, Kokain oder Heroin zu konsumieren. Im Gegenteil: Die aktuelle Drogenpolitik schädigt die Menschen und die Gesellschaft. Mit der Verbotspolitik gibt der Staat zudem die Kontrolle über Verfügbarkeit und Qualität von Drogen auf. Sie widerspricht den verfassungsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsprinzipien: Sie ist nicht geeignet, Drogenkonsum zu verringern, und sie ist nicht erforderlich, weil gesundheitsrechtliche Regelungen besser geeignet sind. Die Aufklärung über Rauschmittel sollte in Schulen ab der 8. Klasse stattfinden.

Die Angebote zur Prävention von Drogenabhängigkeit müssen genauso wie die psychosoziale Betreuung der Schwerstabhängigen ausgebaut werden. Ärztinnen und Ärzte müssen bei der Schaffung von Substitutionsangeboten unterstützt werden. Aufklärungskampagnen über die Folgen des Missbrauchs legaler Drogen halten wir für ebenso notwendig wie ein Werbeverbot für Alkohol und Zigaretten.

Wir stehen für die Einführung von nicht kommerziellen Cannabis-Klubs oder anderer regulierter Organisationsformen für den selbstbestimmten Cannabiskonsum.

Wir fordern:

- Der Hamburger Senat muss sich auf Bundesebene für eine Reform des überholten Betäubungsmittelgesetzes einsetzen.
- die Schaffung der rechtlichen Möglichkeiten zur Gründung von nicht profitorientierten Cannabis-

19 Haushalt und Finanzen: Millionärssteuer statt Schuldenbremse!

Der in Hamburg und Deutschland erzeugte Reichtum nahm im letzten Jahrzehnt trotz des beispiellosen Wirtschaftseinbruchs ab 2007 beständig zu. Wer erzeugt diesen gesellschaftlichen Reichtum und wer eignet sich ihn an? Die in Hamburg gestiegene Arbeitsproduktivität hat aufgrund faktisch stagnierender Reallöhne im letzten Jahrzehnt die Lohnstückkosten sinken lassen. In der Folge konnte die Hamburger Wirtschaft ihre Konkurrenzfähigkeit im europäischen Vergleich noch weiter ausbauen. Den so von den Beschäftigten in Hamburg zusätzlich geschaffenen Reichtum haben sich zum größten Teil die Hamburger Kapitalbesitzerinnen und -besitzer angeeignet.

Die Konzentration der privaten Vermögen bei einer kleinen, der Geldelite, ist in Hamburg außerordentlich. Wenn wir alle besser leben wollen, müssen wir den durch die Arbeitsleistung der Beschäftigten erzeugten Reichtum für die Finanzierung gesellschaftlicher Anliegen einsetzen, statt ihn einigen wenigen kampflos zu überlassen. Bessere Kinderbetreuung, bessere Bildung, besser bezahlte Arbeit, höhere Renten, mehr und billigerer Wohnraum, d.h. größeren gesellschaftlichen Reichtum gibt es für uns alle nur, wenn es für die Hamburger Millionäre und Milliardäre weniger privaten Reichtum gibt.

Die Struktur der Hamburger Wirtschaft ist von der Dominanz des Großkapitals geprägt: In Hamburg machen 1 % der Unternehmen 85 % des Umsatzes. Noch deutlicher wird die Aufspaltung der Hamburger Unternehmen in wenige große mit Milliardenumsätzen und zigtausende Kleinunternehmen: 42 Unternehmen generieren mehr als 60 % allen Umsatzes in Hamburg. Der wirtschaftspolitische Gegner der LINKEN sind nicht die zigtausend Kleinunternehmer und Selbstständige in Hamburg, sondern die großen Unternehmen, in deren Interesse in Hamburg Wirtschaftspolitik gegen die Interessen der Mehrheit gemacht wird.

Die Einnahmesituation des Hamburger Staatshaushalts lässt sich auf Länderebene nicht wesentlich verändern. Die Schuldenbremse mit Verfassungsrang, die alleine von der LINKEN in der Hamburgischen Bürgerschaft abgelehnt wird, soll diese Notwendigkeit verschleiern und die unsoziale und zerstörerische Kürzungspolitik legitimieren. Zugleich soll sie verschleiern, dass die vermeintliche "Schuldenkrise" der öffentlichen Haushalte eine hausgemachte Einnahmenkrise durch die Steuergeschenke an Reiche, Supereiche, Konzerne und Banken ist. Deswegen fordern wir sie wieder aus der Hamburger Verfassung zu streichen und stattdessen auf allen Ebenen für mehr Einnahmen zu sorgen.

Denn auch wenn kleinere Umschichtungen wichtig sind, weil sie im Alltag der Stadt positive Veränderungen bedeuten: Der Zugriff auf den privaten Reichtum in Hamburg ist mit der gegenwärtigen Steuerpolitik nicht möglich. Ausgehend von der extremen Vermögenskonzentration in Hamburg bei einem sehr kleinen Teil der Gesellschaft müssen die notwendigen bundespolitischen Maßnahmen in den Mittelpunkt gerückt werden, um eine neue linke Politik zu ermöglichen.

DIE LINKE fordert deswegen vom Hamburger Senat im Bundesrat folgende wirksame Initiativen einzubringen:

- Die Abschaffung der Schuldenbremse auf Bundesebene
- Erhöhung der Einkommenssteuer für Gutverdienende
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Umverteilungsinstrument
- Die Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe von den Superreichen ab einem Vermögen von einer Million Euro (bei Betriebsvermögen zwei Millionen Euro).
- Anhebung der Erbschaftssteuer für große Vermögen
- Erhöhung der Kapitalertragssteuer auf das Niveau des Einkommensteuersatzes
- Erhöhung der Körperschaftssteuer für Kapitalgesellschaften auf das Niveau von 2008 (25 %)

Darüber hinaus fordert DIE LINKE für Hamburg:

- Regelmäßige Steuerprüfung von großen Unternehmen in Hamburg (zusätzliche Einstellung von Steuerprüferinnen und -prüfern)
- Jährliche Steuerprüfung aller Einkommensmillionärinnen und -millionäre in Hamburg
- Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 490
- Keine stagnierenden Staatsausgaben: die derzeit in Hamburg geplante Steigerung von lediglich 0,88 % pro Jahr bis 2019 ist erheblich zu gering, um öffentliche Dienstleistungen quantitativ und qualitativ auf das erforderliche Maß zu steigern.
- Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst sollen weder – wie derzeit vom SPD Senat geplant – wegen Einhaltung der Schuldenbremse, noch wegen erfolgreicher Tarifabschlüsse über 1,5 % abgebaut werden.

- Keine weitere Ausgliederung von Budgetpositionen aus dem Kernhaushalt in Sonderhaushalte um eine transparente und demokratische Diskussion in der Bürgerschaft zu ermöglichen.
- Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf Immobilien mit sozial gestaffelter Freistellungsregelung

Wählen Sie – selbst aktiv zu werden!

Unser Wahlprogramm beinhaltet notwendige erste Schritte, um die Probleme in Hamburg anzugehen. Diese Schritte kann DIE LINKE nicht allein gehen, selbst mit einer Mehrheit in den Parlamenten nicht. Wir brauchen eine solidarische Bewegung vieler Menschen, die eine friedliche und soziale Welt erkämpft. Denn um die Lebensverhältnisse der Mehrheit der Gesellschaft zu verbessern, müssen wir uns gegen die Herrschenden wenden, die ihre Privilegien, ihren – gesellschaftlich erarbeiteten! – Reichtum und ihre Macht, nicht von allein aufgeben werden.

Wir wollen über die Ursachen der Probleme aufklären, die soziale Spaltung in der Stadt öffentlich thematisieren und gemeinsam mit Gewerkschaften, Friedens-, Bildungs- und Umweltbewegung und anderen außerparlamentarischen Bündnissen für Widerstand und eine bessere Welt sorgen.

Wählen Sie DIE LINKE und ihre Kandidatinnen und Kandidaten bei den Wahlen zur Bürgerschaft! Und vor allem: Wählen Sie, selbst aktiv zu werden!

Empört euch, wehrt euch, organisiert euch!“